

zu geben, sich selbst zu organisieren und zu positionieren, andererseits aus der Überzeugung heraus, dass neue Bündnisse und Akteure den Diskurs vitalisieren und sich unterschiedliche Akteure kulturpolitischen Themen annehmen sollten, damit keine Gewöhnung an Argumentationsstile und Personen eintritt.¹⁷⁰

4.4 KOGNITIVE ASPEKTE DER HANDLUNGSORIENTIERUNG

Neben den Präferenzen, die Akteure in das Politikfeld einbringen und in der Beschäftigung mit kulturpolitischen Inhalten ausprägen und stabilisieren, misst der akteurzentrierte Institutionalismus der Wahrnehmung der Akteure eine handlungsleitende Funktion bei. Dazu gehört, wie Akteure die Handlungssituation, Zusammenhänge, Problemlösungsmechanismen und Handlungsoptionen wahrnehmen und reflektieren. In Abgrenzung beispielsweise zur neoklassischen ökonomischen Theorie wird die Annahme abgelehnt, dass Akteure über vollständige und objektiv gültige Informationen verfügen; im Gegenteil: Alle Handelnden im *policy*-Netzwerk teilen miteinander die gleiche Menge an Wissen und Unwissen.¹⁷¹ Für die folgenden Kapitel ist von großem Interesse, inwiefern Wahrnehmungen und Deutungen in der Kulturpolitik differieren. Da ein gewisses Maß an selektiver Wahrnehmung anzunehmen und unvermeidbar ist, ist entscheidend, inwiefern und ob heterogene Wahrnehmungen in konzertiertes Handeln überführt werden können.

4.4.1 Wahrnehmung der Handlungssituation

Wie gestaltet sich die Handlungssituation in der Kulturpolitik? Die drei folgenden Unterkapitel werden zuerst übergreifend die Kommunikationsstruktur, die bestimmenden kulturpolitischen Themen und die Stimmung im Politikfeld wiedergegeben. Einzelne Schwerpunkte, denen die Befragten in den Interviews viel Platz einräumten, kompletieren anschließend die Betrachtungen; dazu gehören der Blick auf die Exekutive, die Legislative, den Regierungswechsel zur rot-rot-grünen Koalition, die Partizipation und Transparenz im Politikfeld sowie die Finanzquellen kulturpolitischer Akteure.

Informationsquellen der Akteure

Das kulturpolitische Feld dehnte sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vom engen Kern der Kulturpflege auf ein weites Spektrum an ausdifferenzierten Handlungsbereichen aus.¹⁷² Die Menge und der tägliche Durchsatz an verfügbaren Informationen wuchsen gewaltig an. Die Herausforderung besteht laut Eckart Lange darin, die Vielfalt einströmender Informationen zu beherrschen und hinsichtlich des eigenen Bedarfs und Zeitbudgets zu selektieren.¹⁷³ In diesem Kontext erwerben nur einzelne Akteure ein umfassendes Wissen über das Ganze. Es besteht vielmehr eine informa-

170 | I01_Stö: 22, 82.

171 | Vgl. Scharpf (2006): S. 114.

172 | Siehe Kapitel 2.

173 | I26_Lan: 32.

tionelle Segmentierung.¹⁷⁴ Je nach persönlichen und kulturbereichsspezifischen Präferenzen nutzen die Befragten heterogene Kanäle, die ihren Bedarf an kulturellen und kulturpolitischen Informationen decken. Übereinstimmend greifen sie auf einen Mix an Quellen zurück, schließen damit ihre Informationslücken¹⁷⁵ und integrieren vielfältige Perspektiven in ihre Wahrnehmung; die Perspektiven sind aber zumeist auf ihren Handlungsbereich beschränkt. Im ausdifferenzierten kulturpolitischen Feld bilden somit die jeweiligen Sparten eigene Realitäten und Wahrnehmungen heraus, die schwer in einen übergreifenden Grundkonsens, in welche Richtung sich Kulturpolitik strategisch entwickeln soll, zu übersetzen sind.

Informelle Gespräche und persönliche Netzwerke

Über informelle Kontakte fließen Informationen durch das *policy*-Netzwerk. Diese Verbindungen begründen Kooperationen, wirken wechselseitig impulsgebend und können für Beratungen genutzt werden. Die Leitungsebene in den Kulturverwaltungen nimmt dabei eine besondere Stellung ein, denn sie kann als Hub fungieren, um einerseits als Vermittlerin ihre eigene Existenz zu legitimieren sowie um andererseits das ausdifferenzierte Feld zusammenzuhalten und übergreifende Interessen herauszuarbeiten. Dafür muss das Netzwerk in alle Verantwortungsbereiche der Kulturverwaltung hineinreichen.¹⁷⁶ Während der Theater- und Orchesterverhandlungen sah Kulturminister Hoff seine wesentliche Aufgabe darin, über die persönliche, auch informelle Kommunikation ein gemeinsames Verständnis herauszudestillieren und gemeinsam mit allen Anspruchsgruppen zu etablieren.¹⁷⁷

Die Akteure lernen sich zumeist in ihrem beruflichen Umfeld und durch gemeinsame Gremienarbeit kennen – ergo in institutionalisierten Kontexten. Das Umfeld erstreckt sich tendenziell auf den eigenen spezifischen kulturpolitischen Handlungsbereich und auf die Fördergeldgeber wie z.B. die administrative Ministeriumsebene, die für die Projektabwicklungen zuständig ist. Die daraus erwachsenen Bindungen bestehen über Jahre, zumal der Kern der kulturpolitischen Akteurskonstellation äußerst stabil ist. Viele Befragte werten den informellen Austausch im Vorfeld von Sitzungen, in den Pausenzeiten oder regelmäßig im persönlichen Gespräch als entscheidende Informationsquelle, die sie teilweise explizit höher als formalisierte Gesprächsrahmungen einstufen.¹⁷⁸ Den informellen Rahmen präferieren sie, weil sie dadurch Insider-Wissen, das nur über diesen Weg zu gewinnen ist, ein atmosphärisches Gespür für die Befindlichkeiten der Akteure und einen authentischeren Einblick in die internen Entwicklungen von Kultursparten und -einrichtungen erhalten sowie den aktuellen Diskussionsstand von thematisch und lokal direkt involvierten Akteuren aufnehmen, andere für eigene Ideen sensibilisieren und öffentliche Gerüchte und Falschinformationen

174 | I02_Kno: 31; I10_Web: 18; I20_Dre: 13.

175 | I09_Sch: 20.

176 | I02_Kno: 25; I20_Dre: 13.

177 | I27_Hoff: 16.

178 | I05_Hid: 26; I06_Mit: 18; I08_Neg: 39; I09_Sch: 20. I10_Web: 18; I12_Ebe: 22. I17_Kel: 33; I19_S-O: 15; I20_Dre: 17; I22_a: 45; I24_Röß-Put: 40, 47; I26_Lan: 34; I27_Hoff: 16; I28_Röh: 26; I29_Hel: 78.

nen intern ausräumen können.¹⁷⁹ Sigrun Lüdde akzentuiert, dass persönliche Kontakte unabdingbar für kulturpolitische Akteure in Thüringen seien,¹⁸⁰ gewiss auch dadurch begründet, dass der kulturpolitische Netzwerkkern in Thüringen klein ist.¹⁸¹ Die Verbindungen stiften stets einen Nutzen, sonst würden sie sich kurzfristig wieder verflüchtigen: Die Stiftung Leuchtenburg legt in ihren Stiftungsgremien beispielsweise Wert auf die politische Vernetzung und hat in Wolfgang Fiedler, dem Landtagsabgeordneten des Saale-Holzland-Kreises, eine Person gefunden, die zum einen auf die Verteilung öffentlicher Gelder einwirkt und zum anderen Stimmungen und politische Entwicklungen informell übermittelt.¹⁸² In der inversen Richtung sind auch Kulturpolitiker auf die informellen Informationsströme angewiesen, um von den Akteuren ernst genommen zu werden und um den eigenen Handlungen eine größere Akzeptanz zu verleihen.¹⁸³

Die Pflege des persönlichen Netzwerkes erfordert personelle und zeitliche Ressourcen, die selbst professionalisierte Akteure bisweilen nicht aufbringen können oder wollen.¹⁸⁴ Ehrenamtlich arbeitende Verbände und Kulturvereine begegnen demnach großen Hürden, die Vorteile informeller Kontakte für sich nutzbar zu machen. Angesichts der vom Großteil der Befragten betonten Bedeutung dieser Kontakte bildet sich im kulturpolitischen Feld auf der Landesebene zwangsläufig ein stabiler innerer Netzwerkkern heraus, an dem finanziell und thematisch periphere Kulturakteure zufällig, lose und sporadisch andocken. Abschließend sticht in den Interviews hervor, dass informelle Kontakte zu den die Kulturpolitik gestaltenden kollektiven und korporativen Akteuren gesucht werden, wogegen die Nutzer des kulturellen Angebots unberücksichtigt bleiben.

Informationsverteiler

Kulturpolitische Akteure erhalten qua ihrer Funktion¹⁸⁵ oder ihrer projektbezogenen Kontakte Zugang zu internen Verteilern, über die themenspezifisch gebündelte Informationen fließen. Die Fachabteilungen und -referate der Ministerien unterhalten Listen, auf die sie für sie relevante und kooperierende Akteure setzen.¹⁸⁶ Die Möglichkeit, sich selbst einzutragen, besteht nicht. Bestenfalls erfragen Akteure, die über ihr berufliches Umfeld Kenntnis von den Verteilern erlangen, ob sie aufgenommen werden können.¹⁸⁷ Die Anzahl der Verteiler verbleibt im Verborgen, weswegen die Befragten nur selektiv das beurteilen können, was sie kennen. Per Mail übermitteln die Ministerien Veranstaltungseinladungen, spartenbezogene Informationen¹⁸⁸ und politische Papiere wie das Theaterstrukturpapier, den Bibliotheksentwicklungsplan oder die Kulturentwicklungskonzeptionen, um die Anspruchsgruppen vor der medialen Berichterstat-

179 | I05_Hid: 26; I06_Mit: 18; I07_Mül: 7; I08_Neg: 67; I15_Sie: 24; I16_Kai: 23; I17_Kel: 33; I18_Gri: 24; I23_Löw: 30; I25_Mat: 18; I27_Hoff: 16.

180 | I13_Lüd: 22.

181 | I27_Hoff: 16; I18_Gri: 24.

182 | I16_Kai: 23.

183 | I27_Hoff: 16.

184 | I08_Neg: 39.

185 | U. a. Kulturamtsleiter, Landräte, kommunale Spitzenverbände, Verbände.

186 | I04_Dei: 14; I11_Fit: 22; I12_Ebe: 22; I13_Lüd: 22; I24_Röß-Put: 47.

187 | I04_Dei: 18.

188 | I11_Fit: 26.

zung zu informieren.¹⁸⁹ Insgesamt nehmen die Befragten die Verteiler als zusätzlichen Service der Ministerien und als Normalität wahr, reflektieren aber wenig deren Bedeutung. Auch parteipolitische Arbeitsgruppen, Verbände, Kultureinrichtungen und kollektive Akteure in Form von Interessensnetzwerken koordinieren den internen Informationsfluss in ihrem Handlungsfeld über Verteiler.¹⁹⁰

Informationsnetzwerke und formelle Rahmung des Informationsflusses

Informationsverteiler entstehen letztlich als Output von Informationsnetzwerken, die sich themenbezogen oder intentional zur Realisierung spezifischer kulturpolitischer Ziele bilden. Ein exemplarischer themenbezogener Fall sind die Thüringer Theaterhäuser, die vorbereitend auf die Theater- und Orchesterverhandlungen ihre Kennzahlen und Argumente austauschten, um ein gemeinsames Verständnis der Thüringer Theaterstruktur zu entwickeln.¹⁹¹ Die Sparkassen-Kulturstiftung entwickelt ihr Informationsnetzwerk über ihre Projektförderung und ihre ausgeschriebenen Preise und Auszeichnungen. Zum einen gewähren ihr die Bewerbungen Einblicke in die diversen kulturpolitischen Programmatiken, zum anderen mündet dieser fördernde Kontakt häufig in eine ausgeprägte Kommunikation.¹⁹² Zu den institutionalisierten Informationsnetzwerken gehören Verbände wie z.B. der Literaterrat, der Musikrat und der Kulturrat, deren wesentliche Aufgabe darin besteht, Informationen zu bündeln und zu verteilen.¹⁹³ Der Kulturrat Thüringen bietet als Dachverband der Kulturverbände eine spartenübergreifende Austauschplattform, die Informationen auch über Sparten Grenzen hinweg durchsickern lässt.¹⁹⁴ Die Kulturpolitische Gesellschaft tritt als struktureller Gegenentwurf auf, da sie mit ihrem Wirken verbands- und spartenunabhängig kulturpolitisch interessierte Bürger sowie Nutzer des Kulturangebots adressiert.¹⁹⁵

Verbände bieten zugleich einen formellen Kontext, in dem Informationen zirkulieren. Weitere kulturpolitisch bedeutende formelle Kontexte sind nicht-öffentliche Gremiensitzungen, Ausschüsse, Vereinssitzungen und Mitgliederversammlungen sowie öffentliche Podiumsdiskussionen und kulturelle oder kulturpolitische Veranstaltungen jeglicher Couleur wie z.B. die Thüringer Kulturforen.¹⁹⁶ Insbesondere nicht-öffentliche Gremien wie Fachbeiräte und Stiftungsräte bieten einen relativ geschützten Rahmen, um Details und Zusammenhänge anhand von Unterlagen und Vorlagen nachvollziehen zu können, die eigene Expertise unter Beweis zu stellen und vertrauensvolle Bindungen aufzubauen.¹⁹⁷ Letztlich führen formelle Treffen Akteure in einem thematischen Setting zusammen und bieten Gelegenheiten, aus denen informelle Kontakte hervorgehen.¹⁹⁸

189 | I04_Dei: 18; I14_Kla: 28.

190 | I05_Hid: 26; I08_Neg: 37; I10_Web: 18; I22_a: 41; I24_Röß-Put: 56.

191 | I10_Web: 18.

192 | I18_Gri: 24.

193 | I02_Kno: 25, 31; I13_Lüd: 22; I15_Sie: 22; I21_Bru: 56; I25_Mat: 18

194 | I03_Pet: 20; I11_Fit: 22, 79.

195 | I02_Kno: 31; I09_Sch: 20.

196 | I02_Kno: 25, 31; I05_Hid: 26; I06_Mit: 18; I14_Kla: 28, 30; I18_Gri: 24; I21_Bru: 46; I22_a: 39, 41, 45; I24_Röß-Put: 40; I25_Mat: 18, 20; I29_Hel: 78.

197 | I25_Mat: 20; I05_Hid: 26; I18_Gri: 24.

198 | I02_Kno: 25.

Öffentlich verfügbare Informationen

Von den öffentlich verfügbaren Informationen sind Printmaterialien die wesentlichen Informationsquellen der Befragten – gleichwohl in unterschiedlicher Gewichtung: Primär wird sich auf die regionalen Thüringer Zeitungen bezogen, mäßig auf Kulturprogramme der Einrichtungen und nur marginal auf Fachzeitschriften, wissenschaftliche Literatur sowie statistische und parlamentarische Dokumente.¹⁹⁹ Die mediale Berichterstattung gibt einen Überblick über parallel verlaufende Prozesse und Veranstaltungen sowie einen Zugang zu aktuellen kulturpolitischen Themen, gehört damit zur täglichen Routine und wird in die Wahrnehmung integriert, ist für kulturpolitische Akteure als alleinige Informationsquelle aber unzureichend.²⁰⁰ Das ambivalente Verhältnis der Befragten zu den Thüringer Zeitungen wird ausführlich später diskutiert, an dieser Stelle sei bemerkt, dass einige weitestgehend auf die Lektüre regionaler Zeitungen verzichten, weil sie überregionale Zeitungen wie die ZEIT bevorzugen oder ihnen die journalistische Qualität unzureichend erscheint; online-affine potenzielle Leser schrecken die Bezahlschranken für einzelne Artikel ab.²⁰¹ Wissenschaftliche Publikationen sind für die Befragten kaum relevant; nur vereinzelte Akteure mit einem Bezug zum Wissenschaftssystem gewinnen daraus Informationen. Tobias Knoblich benennt deren Vorzüge: Sie lieferten neue Impulse für die eigene Arbeit und stellten – kontrastiv zum Journalismus – objektiveres, detaillierteres und mit Quellenangaben versehenes Wissen bereit.²⁰² Auch die parlamentarische Dokumentation des Thüringer Landtags stellt neben wissenschaftlicher Literatur und den internen informationellen Verteilern profunde kulturpolitische Informationen bereit. Es verwundert, dass nur ein einziger außerparlamentarischer und außerexekutiver Akteur darauf hinweist.²⁰³

Die Befragten nutzen andere online zugängliche Informationskanäle wie Webseiten, Newsletter, Blogs und selten RSS-Feeds.²⁰⁴ Diese fassen die aus der Perspektive eines Autors relevanten Inhalte zusammen und sind im Gegensatz zu internen Verteilern öffentlich zugänglich. Soziale Medien spielen unter kulturpolitischen Akteuren eine untergeordnete Rolle, zunehmend wird sich allerdings darum bemüht, auch wenn eine ablehnende Haltung zu spüren ist.²⁰⁵ Einige äußern dagegen ihre Affinität zu Facebook und Twitter und prognostizieren eine wachsende Bedeutung.²⁰⁶ Während der Theater- und Orchesterverhandlungen konstituierte sich beispielsweise die Facebook-Gruppe

199 | I01_Stö: 12, 16; I03_Pet: 20; I06_Mit: 20; I07_Mül: 29; I08_Neg: 31; I09_Sch: 20; I12_Ebe: 22; I13_Lüd: 22; I14_Kla: 40; I16_Kai: 23; I17_Kel: 33; I18_Gri: 24; I19_S-O: 15; I20_Dre: 17; I21_Bru: 48; I22_a: 45; I24_Röß-Put: 42; I26_Lan: 32; I28_Röh: 26; I29_Hel: 76.

200 | I06_Mit: 22; I14_Kla: 40; I17_Kel: 33.

201 | I05_Hid: 28, 33; I11_Fit: 24; I20_Dre: 17; I23_Löw: 32.

202 | I02_Kno: 25; I26_Lan: 32.

203 | I29_Hel: 78.

204 | I01_Stö: 12, 16; I05_Hid: 26; I16_Kai: 23; I18_Gri: 24; I19_S-O: 15; I21_Bru: 48, 52; I23_Löw: 64; I24_Röß-Put: 59-60; I26_Lan: 33-34; I28_Röh: 26.

205 | I03_Pet: 20; I07_Mül: 33; I29_Hel: 106.

206 | I05_Hid: 26, 28, 30; I19_S-O: 15; I20_Dre: 17, 19-21, 23, 25, 89-90; I24_Röß-Put: 42, 45.

*Kein halbes DNT*²⁰⁷, die ihr Statement bereits im Namen trug und den bürgerlichen Protest gegen die Theaterstrukturreform unterstützte.

Radiokanäle und audiovisuelle Medien spielen im Vergleich zu den soeben genannten öffentlich verfügbaren Informationsquellen eine untergeordnete Rolle. Nur wenige Befragte verweisen explizit auf MDR Kultur und Deutschlandradio.²⁰⁸ Fernsehen ist für Kulturpolitik vollkommen unbedeutend, wird von einigen sogar vermieden, kann aber landesbezogene Kontextinformationen liefern.²⁰⁹

4.4.1.1 Wahrnehmung der medialen kulturpolitischen Öffentlichkeit

Journalisten verstehen sich als Beobachter der Kulturpolitik²¹⁰, größtenteils nicht als kulturpolitische Akteure, obwohl sie de facto mit ihren Beiträgen ein Katalysator für und Beeinflusser von Meinungen und Bedeutungen im kulturpolitischen Feld sind. Ein kleiner, sich kennender Kreis prägt die Berichterstattung auf der Landesebene. Die Mediengruppe Thüringen beschäftigt zwei Kulturjournalisten bei der Thüringer Allgemeinen (TA), drei bei der Thüringischen Landeszeitung (TLZ) und vier bei der Ostthüringer Zeitung (OTZ) und dominiert als Monopolist flächendeckend von Nordwest- bis Südostthüringen die regionale Zeitungsberichterstattung. In Südwestthüringen arbeiten zwei Kulturjournalisten für das Freie Wort. Im Altenburger Land erscheint die Osterländer Volkszeitung, die jedoch geografisch wie auch kulturpolitisch eine periphere Rolle einnimmt. Keine der Thüringer Zeitungen entfaltet eine nationale Wirkung wie das Feuilleton der ZEIT, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung etc.²¹¹ Im Radio bedienen vereinzelte Kulturredakteure und freie Mitarbeitende landeskulturpolitische Themen: primär für MDR Kultur und gelegentlich im Deutschlandradio.²¹² Der MDR berichtet als Fernsehsender über kulturbezogene Themen, allerdings liegt dessen Fokus auf Mitteldeutschland und nicht alleinig auf Thüringen.²¹³ Letztlich tangiert die Kulturpolitik marginal ein Trend aus anderen gesellschaftlichen Feldern: Einige wenige individuelle Akteure, Ministerien, Verbände und Kultureinrichtungen beginnen, sich sozialer Medien wie Twitter und Facebook zu bedienen, um ihre Botschaften an eine größere Zielgruppe zu senden. Bisher verhalten sie sich indes überwiegend passiv, d.h. sie teilen Artikel professioneller Journalisten und verweisen auf Veranstaltungen, vernachlässigen aber die diskursiven Möglichkeiten sozialer Medien. Die Kommunikation entspricht daher im Ergebnis überwiegend dem klassischen Sender-Empfänger-Modell. Neben der Neigung zum Bewährten erklärt das durchschnittliche Alter der kulturpolitisch Handelnden dieses Verhalten.²¹⁴ Ein langsamer Wandel vollzieht sich insbesondere durch jüngere Personen, die die Medien als Interaktionsraum internalisiert haben.²¹⁵

207 | I19_S-O: 19.

208 | I01_Stö: 16; I08_Neg: 31, 37-39; I16_Kai: 59; I18_Gri: 24; I28_Röh: 26.

209 | I03_Pet: 20; I05_Hid: 28; I22_a: 45.

210 | I29_Hel: 4.

211 | I27_Hoff: 20.

212 | I29_Hel: 13-24.

213 | I02_Kno: 31.

214 | I19_S-O: 17; I13_Lüd: 139.

215 | I07_Mül: 33.

Die Mediengruppe Thüringen wählt für ihre Zeitungen unterschiedliche territoriale Zuschnitte. Die TLZ erscheint im Verbreitungsgebiet von TA und OTZ, konkurriert somit in einigen Landkreisen um die gleiche Leserschaft, während TA und OTZ verschiedene Gebiete bedienen. Daher tauschen Letztere strategisch Artikel aus, zumal die Mediengruppe in den letzten Jahren Personal einsparte und die Redaktionen auf ergänzendes Material angewiesen sind. Dieses Material stammt auch von überregionalen Presseagenturen wie der Deutschen Presse-Agentur. Die TA mit ihrem starken Thüringenbezug verwertet gelegentlich die angebotenen Meldungen und Geschichten, die TLZ greift häufig darauf zurück, die OTZ bewegt sich dazwischen. In den Lokalredaktionen ist der Austausch von Berichten üblich und gelebte Praxis. Das Personal wurde teilweise so weit abgebaut, dass ein Redakteur für zwei Zeitungen Termine wahrnimmt und Themen bearbeitet. In manchen Gebieten erscheint sogar eine inhaltsidentische Lokalausgabe in unterschiedlichem Layout.²¹⁶ Die Gestaltung schützt eine gewisse Zeit davor, dass Gewohnheitsleser ihr Abonnement kündigen. Jedoch lässt diese Entwicklung das Vertrauen in die Pluralität der Medien errodieren, vor allem wenn die Austauschpraxis dem Rezipienten nicht transparent gemacht wird. Selbst überlokal agierenden Akteuren bereitet es Probleme, die Reichweite und Verbreitung von kulturpolitischen Inhalten einzuschätzen.²¹⁷

Idealerter gehören sämtliche kulturpolitische Bereiche, auch Kulturtourismus, Kultur- und Kreativwirtschaft sowie Medien zum journalistischen Verständnis einer Kulturredaktion. In der Praxis beeinflussen persönliche Interessen, strategische Entscheidungen der hierarchisch vorgesetzten Zentralredaktion, Ressortzuschnitte – z. B. wird in der Regel Medien- und Kulturpolitik getrennt betrachtet – und mediale Relevanzkriterien die Inhalte der Kulturseite. Überdies hinterlassen die begrenzten und schwindenden personellen Kapazitäten ihre Spuren: Redakteure müssen ein wachsendes thematisches Spektrum abdecken, können weniger ihre spezifische Expertise anwenden und ausprägen und diletieren nach eigener Aussage mitunter in unbekanntem Terrain. Ihre Themen generieren Kulturjournalisten erstens über Pressemitteilungen, Pressekonferenzen, Veranstaltungseinladungen und soziale Medien, die tagesaktuelle Entwicklungen und beständig um Relevanz konkurrierende Informationen und Diskurse auf sie einströmen lassen.²¹⁸ Soziale Medien wie Twitter oder Facebook bieten abseits von Hintergrundgesprächen einen unvermittelten und teils ungefilterten Zugang zu kulturpolitischen Akteuren. Besonders seit dem Amtsantritt des twitternden Kulturministers Hoff nutzen einige Befragte diese Kanäle, um sich über Kulturpolitik in Thüringen zu informieren.²¹⁹ Zweitens bemühen sich Medienvertreter um kontextualisierende oder brisante Informationen z. B. aus dem nicht-öffentlich tagenden Landtagsausschuss für Europa, Kultur und Medien. Der offizielle Weg führt in diesem Fall über den Ausschussvorsitzenden, der in der Regel Unbedeutendes preisgibt. Erfolgsversprechender ist es, Ausschussmitglieder anzurufen, ihre widersprüchlichen und teils gegenseitig deckenden Aussagen zu kontrastieren und anonym zu zitieren. Im Schnittfeld zwischen aktiver und passiver Informationsaufnahme ist das Netzwerk an persönlichen Kontakten, Informationen und Insidern eine wesentliche Themenquelle für Journalisten. Als kulturpolitische Informanten fungieren vor allem Politiker, die

216 | I29_Hel: 25-30.

217 | I13_Lüd: 135-137.

218 | I29_Hel: 50-58, 80, 100-102, 105-108.

219 | I20_Dre: 23, 25; I29_Hel: 106; I24_Röß-Put: 42, 44-45.

eigennutzenorientiert in die Geschehnisse involviert sind oder aus ihren Netzwerken Insider-Wissen übermitteln, Vorstände von Kulturvereinen und Beschäftigte von Kultureinrichtungen. Vertreter von Kulturverbänden gehören nicht dazu, bestenfalls indirekt über längere Netzwerkpfade.²²⁰

Angesprochen auf die mediale kulturpolitische Öffentlichkeit Thüringens, thematisieren die Interviewten vorrangig die Thüringer Zeitungen. Ihnen ist anzumerken, dass sie an Zeitungen als Ort der öffentlichen Debatte festhalten möchten.²²¹ Die von ihnen formulierte Kritik am Printjournalismus zeugt daher von ihrer Verbundenheit und richtet sich vor allem an die strukturelle Organisation des Mediums. Für die Situation der Redakteure, die in steter Unterbesetzung und unter zeitlichem Druck arbeiten, äußern einige durchaus Verständnis.²²² Die Befragten bestätigen das Bild, wonach die Mediengruppe Thüringen mit ihren drei Zeitungen die kulturpolitische Berichterstattung dominiert.²²³ In ihrer Wahrnehmung bietet die Thüringer Medienlandschaft nur punktuell und schemenhaft eine Plattform der übergeordneten Debatte.²²⁴ Der personelle Schwund in den Kulturredaktionen mag dazu beitragen²²⁵, da weniger Kulturredakteure mit einer geringeren Pluralität in der Berichterstattung einhergehen.²²⁶ Dass Meinungen und Haltungen konstitutiver Bestandteil des journalistischen Berufs sind, ist für Michael Helbing unbestritten.²²⁷ Martin Eberle empfiehlt den Rezipienten, sich dies bewusst zu machen und zudem die eigene Haltung gegenüber der Berichterstattung zu reflektieren.²²⁸ Katja Mitteldorf bestätigt dies indirekt, da sie die mediale Aufarbeitung stets anhand ihres Prozess- und Erfahrungswissens aus ihrer Abgeordnetentätigkeit reflektiert.²²⁹ Die Thüringer Kulturszene bietet den Vorteil, dass sie klein und verwoben ist, wodurch die Akteure die Argumentationen und Handlungsmuster reziprok einzuordnen lernen.²³⁰ Unbeteiligte und externe Beobachter verfügen nicht über dieses Wissen, weshalb deren Wahrnehmung von Kulturpolitik primär über den Printjournalismus geprägt wird, dem einige Befragte eine ablehnende und besitzstandswahrende Haltung gegenüber kulturpolitischen Veränderungen und eine meinungsmonopolistische Konzentration attestieren.²³¹ Dirk Schütz sieht diese Haltung allerdings bei einer Vielzahl kulturpolitischer Akteure bestätigt, da er wahrnimmt, dass Zukunftsmodelle und strukturelle Veränderungen argwöhnisch beäugt, aus einer Verteidigungshaltung diskreditiert und sogar tabuisiert würden.²³² Hasko Weber ergänzt, dass tradierte Konkurrenzen innerhalb des kulturpolitischen Feldes die Debatte emotionalisierten, falls Besitzstände bedroht seien. Die Medien fungierten dabei alleinig als Vehikel der besitzstandswahrenden Stimmung und kanalisiert und

220 | I29_Hel: 50-58, 80, 105-108.

221 | U. a. explizit I04_Dei: 14.

222 | I15_Sie: 26.

223 | I15_Sie: 26; I19_S-O: 17; I26_Lan: 36; I27_Hoff: 20.

224 | I02_Kno: 31; I06_Mit: 22; I10_Web: 18.

225 | I06_Mit: 22; I07_Mül: 29; I13_Lüd: 133; I23_Löw: 32.

226 | I27_Hoff: 20.

227 | I29_Hel: 141.

228 | I12_Ebe: 24.

229 | I06_Mit: 20.

230 | I20_Dre: 17.

231 | I18_Gri: 34.

232 | I09_Sch: 26, 56.

verstärkten sie.²³³ Bisweilen verdrängt in einer solch medial aufgeladenen Stimmung die Kommunikation via Pressemitteilungen das persönliche, lösungsorientierte und Missverständnisse ausräumende Gespräch.²³⁴ Dieses Umfeld erschwert eine nüchterne Diskussion über die Zukunft der Thüringer Kultur. Hierbei tritt eine Ambivalenz des kulturpolitischen Feldes hervor, die sich aus dem Gesamtbild der Interviews ergibt: Der Zeitungsjournalismus spiegelt den Mainstream kulturpolitischer Verhaltensweisen wider, wird aber dafür von kulturpolitischen Akteuren kritisiert, die wiederum durch ihre Handlungen zur Reproduktion des Mainstreams beitragen.

Auch die Kritik an der mangelnden fachlichen Qualität des Journalismus²³⁵ knüpft an das bereits Konstitutive des Feldes an. Einige Befragte monieren undifferenzierte, reißerische, emotionalisierende und polemische Berichte.²³⁶ Diese Kritik findet sich aber auch in der Darstellung des kulturpolitischen Feldes wieder, das aus der erwähnten Verteidigungshaltung zur Emotionalität, weniger zur sachorientierten Diskussion neigt.²³⁷ Neben den kulturpolitischen Akteuren internalisieren auch Kulturjournalisten das Gefühl, die eigene Stellung vor externen Einflüssen verteidigen und dem Bedeutungsverlust, den sie für ihre Berichterstattung innerhalb der Zeitungen erfahren, entgegenwirken zu müssen.²³⁸ Aus der Perspektive anderer gesellschaftlicher Felder ist nüchtern festzustellen: Der Kulturbereich hat trotz aller Umstrukturierungen weiterhin ein eigenes Ressort.²³⁹ Ein exemplarischer Fall, an dem sich die Kritik der Befragten äußert, veranschaulicht die Wahrnehmung der Medien: Wolfgang Hirsch, Kulturredakteur der TLZ, verfasste im Sommer 2015 einen Artikel, in dem er die Theater- und Orchesterstrukturpläne der Landesregierung a priori niederschrieb, obwohl die Verhandlungen und Gespräche unabgeschlossen waren.²⁴⁰ Seine Informationen entstammten einem vertraulichen Hintergrundgespräch zwischen der Landesregierung und wenigen Journalisten. Er blieb dem Gespräch fern, war somit nicht an die Vertraulichkeitsvereinbarung gebunden; gleichwohl erkundigte er sich bei einer Kollegin über die Gesprächsinhalte.²⁴¹ Der Artikel gab letztlich größtenteils den Stand der Theater- und Orchesterverhandlungen wieder, jedoch war dieser Stand erstens vorläufig, zweitens in andere Kontexte eingebettet, beruhte drittens auf unkonventionellen und unter Umständen wieder zu verwerfenden Ideen und Konstruktionen, die zu einem iterativen Verhandlungsprozess gehören, und wurde viertens ohne wirtschaftliche Berechnungen diskutiert. In der Folge emotionalisierte dieser Artikel die Öffentlichkeit und die handelnden Akteure, der interne Gesprächsfaden riss ab und der öffentliche Druck verleitete die Akteure, sich auf besitzstandswahrende Positionen zurückzuziehen.²⁴²

233 | I10_Web: 22.

234 | I20_Dre: 35.

235 | I20_Dre: 17; I10_Web: 18.

236 | I15_Sie: 26.

237 | I10_Web: 22.

238 | I23_Löw: 32.

239 | I25_Mat: 24.

240 | I23_Löw: 54.

241 | I20_Dre: 17, 112-116.

242 | I10_Web: 18; I23_Löw: 54; I07_Mül: 29; I09_Sch: 52.

Auch die Kritik an der Themenwahl und Priorisierung von Journalisten spiegelt die innere Logik des kulturpolitischen Feldes wider.²⁴³ Seit dem Amtsantritt der rot-rot-grünen Regierung beherrschen Theater und Orchester die mediale Kulturberichterstattung.²⁴⁴ Das mediale Interesse rührt daher, dass ein konkretes Problem, zu erzählende Geschichten, eine Relevanz für den Freistaat, ein offener Prozess und eine Umgestaltung des Bestehenden erkenntlich sind und dass die Bürger die Konsequenzen unvermittelt in ihrem Lebensumfeld erfahren können.²⁴⁵ Die Abwicklung oder Bedrohung eines Orchesters oder einer Theatersparte ist greifbar. Überdies nehmen Theater im Stadtbild eine exponierte Stellung ein und stehen symbolisch für den Zustand der Kultur als Ganzes. Theater und Orchester werden durch die Kulturpolitik materiell und symbolisch aufgeladen, bedienen u. a. durch Premieren die Eventorientierung der Medien und haben emotionalisierend-eskalierende Krisen²⁴⁶ mit landesweiter Bedeutung zu bieten. Journalisten vernachlässigen demnach periphere Kulturbereiche, weil kulturpolitisches Handeln diese Bereiche in eine periphere Lage versetzt. Die Kritik an der Themenwahl richtet sich also vielmehr gegen die Kulturpolitik selbst, die durch ihr Handeln dieses Ungleichgewicht in der gesellschaftlichen Wahrnehmung verändern könnte.²⁴⁷ Generell haben kulturpolitische Themen häufig den medialen Nachteil, dass sie zu abstrakt wirken, Verwaltungsstrukturen betreffen, zu kleingliedrig sind und die Auswirkungen von Entscheidungen lediglich über Wirkungsketten zu prognostizieren sind. Das repetitive kulturpolitische Thema der Geldknappheit betrifft indes alle Politikfelder und große Teile der Bevölkerung: Zu niedrige Löhne von Musikschullehrern, Projektmanagern und Kulturschaffenden sind kein Alleinstellungsmerkmal des Kulturbereichs, sondern eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Auch sind Kulturinstitutionen zumeist lokal verankert. Ein landesweiter Zusammenhang der segmentierten Strukturen und kommunalen Trägerschaften lässt sich schwer vermitteln.²⁴⁸

Am Rand des medialen und öffentlichen Interesses stehen kulturpolitische Interessenvertretungen, denen es schwerfällt, ihre Themen in der medialen Öffentlichkeit zu platzieren.²⁴⁹ Wie ist das zu erklären? Im kulturpolitischen Feld üben Kulturverbände gewiss eine wesentliche Funktion aus. Als Lobbyvertreter arbeiten sie an den Rahmenbedingungen für künstlerisches Schaffen, lenken aber ihre Wirkrichtung auf die strategische Gremienarbeit, die interne Struktur, die Verwaltung und die Praxis von Kulturpolitik. Ihre intermediäre Stellung zwischen politischen Entscheidern und Kulturschaffenden ist medial unattraktiv und irrelevant. Nur einzelne fachkundige Personen interessiert, welche Initiativen Verbände ergreifen und von welchen internen Missständen und Befindlichkeiten sie betroffen sind. Ihre Informationen stammen zudem häufig aus zweiter Hand²⁵⁰, weswegen es ihren Deutungen an persönlicher Involviertheit fehlt.²⁵¹ Wesentlich für das tendenzielle Desinteresse der Medien sind überdies die differierenden Ziele und Logiken, die nur marginal die medialen Relevanzkriterien

243 | I24_Röß-Put: 42, 91, 99; I06_Mit: 44; I26_Lan: 38; I22_a: 75; I23_Löw: 32.

244 | I29_Hel: 3.

245 | I29_Hel: 31-36, 48. I17_Kel: 25.

246 | I23_Löw: 32.

247 | I06_Mit: 44.

248 | I29_Hel: 31-36.

249 | I26_Lan: 38; I23_Löw: 32-34.

250 | I29_Hel: 38, 42, 60-62.

251 | I23_Löw: 34.

bedienen: Verbände müssen medial präsent sein und ihr Wirken positiv darstellen, um ihre zumeist öffentlichen Projektgelder und ihre eigene Existenz gegenüber den Fördermittelgebern zu rechtfertigen.²⁵² Aus medialer Perspektive wirken die für sie exponierten Themen und kulturbereichsspezifischen Schwierigkeiten²⁵³ häufig belanglos. Bedienen sie dagegen die Logik der Medien, indem sie provozieren oder kontrovers argumentieren, kann dagegen eine öffentlich wahrnehmbare Debatte entstehen.²⁵⁴ Insgesamt rufen Kulturverbände aber nicht nur ein rudimentäres mediales Interesse hervor, sie agieren nach Ansicht von Michael Helbing auch passiv. Vergleichsweise aktiv wirkt einzig der Museumsverband, der aus der Vielfalt an Museen, die er repräsentiert, Hinweise auf potenzielle Themen streut und an Medienvertreter weiterleitet. Die weiteren sich selbst als bedeutsam erachtenden professionalisierten Verbände erreichen nur punktuell die Kulturredaktionen. Dem Kulturrat gelang dies mit seinen Wahlprüfsteinen und vereinzelt Podiumsdiskussionen. Eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit und die beständige Pflege von Kontakten bleiben aus, was gewiss auch an zeitlichen und personellen Ressourcen liegt.²⁵⁵ Letztlich verbleibt den kulturpolitischen Akteuren, die medialen Mechanismen wahrzunehmen, ihre Handlungen und Entscheidungsprozesse transparent zu machen und lösungsorientiert abseits der Öffentlichkeit Themen zu verhandeln.²⁵⁶

4.4.1.2 Themen und Stimmungen in der Thüringer Kulturpolitik

An dieser Stelle wird ein grundlegender Überblick über die Stimmung im Politikfeld und die Themen, die kulturpolitische Akteure beschäftigen und bei denen sie einen Handlungsbedarf sehen, gegeben. Die Stimmung ist gedämpft, teils mit resignierendem Unterton, und zeichnet sich durch Verunsicherung und Verlustangst aus. Wesentliche Probleme und Konflikte nehmen die Befragten zwar ähnlich wahr, jedoch vermitteln nur wenige den Willen zum Aufbruch und zur selbstbestimmten Gestaltung der Zukunft. Die Wahrnehmung erfolgt aus einer negativen Perspektive heraus, kaum aus einer optimistischen, die Chancen hervorhebt und Gelingendes betont. Kulturpolitik, so zeigt sich auch in Thüringen, ist ein emotional aufgeladenes und veränderungsresistentes Politikfeld, in dem bestandswahrende Interessen dominieren und die Verteilung der öffentlichen Fördergelder historische Pfade verfestigt.

Theater und Orchester bestimmen und strukturieren als Bezugspunkt die politikfeldinterne, mediale und öffentliche Diskussion über Kulturpolitik. Erst nachdem ihre Finanzierung geklärt ist, werden die restlichen Kultursparten bedacht – und erst bei akutem Handlungsbedarf, so eine geläufige Wahrnehmung. Sie sind historisch aufgeladene Orte und bündeln die Aufmerksamkeit im Politikfeld. Dies liegt darin begründet, dass die erste Assoziation mit Kultur zumeist auf sie verweist, sie den größten Anteil des Kulturretats beanspruchen, sie als tradierte Kulturformation die Bewahrung des kulturellen Erbes symbolisieren, sie eine identitätsstiftende Stellung auf lokaler Ebene qua ihrer architektonischen Präsenz, betrieblichen Größe und ihres relativ großen und gut vernetzten Publikumskreises einnehmen und sie es dadurch vermögen, Bürger

252 | I29_Hel: 48.

253 | I26_Lan: 38.

254 | I19_S-O: 79-81.

255 | I13_Lüd: 133; I29_Hel: 39-44, 62.

256 | I25_Mat: 22; I07_Mül: 89.

und Politiker gegen Kürzungen ihrer Zuwendungen zu mobilisieren. Dagegen haben kleinere Vereine und Einrichtungen ohne organisierten politischen und öffentlichen Rückhalt und medial verwertbare Events Kürzungen wenig entgegenzusetzen und sind bei Einsparungsplänen einem größeren Existenzrisiko ausgesetzt. Beim Thema Theater und Orchester ist das Beharrungsvermögen gegenüber Veränderungen außerordentlich hoch. Der auf die emotionale Ebene gehobene Widerstand entbehrt einer sachlichen Argumentation, wodurch im Ergebnis die politischen Entscheidungen der letzten Jahrzehnte am Überleben und an der temporären finanziellen Überbrückung ausgerichtet waren, nicht an langfristig tragfähigen Modellen, wie Haustarife, untertarifliche Verdienste der Beschäftigten und wiederkehrende Defizite aufgrund einer strukturellen Unterfinanzierung des politisch gewollten Angebots belegen. Die Befragten vermitteln das Gefühl, dass bei allem Verständnis für die Bedeutung dieses Kulturbereichs kulturpolitische Entscheider diesen zulasten anderer privilegieren und priorisieren, ihre zeitlichen und finanziellen Ressourcen daran binden sowie unabwendbare und notwendige Anpassungen scheuen. Anpassungen sollten für sie daran orientiert sein, die langfristige Tragfähigkeit zu gewähren sowie alle Kulturbereiche zugunsten einer möglichst großen Wirkung auf breite Zielgruppen neu zu gewichten.²⁵⁷

Die Befragten beschäufigt, dass Kulturakteure und -sparten ungleich und ungerecht behandelt werden. Als Hemmnis beschreiben sie die Förderstruktur, die die Bestandsneigung zementiere und die es erschwere, einen gemeinsamen Nenner bezüglich Zielen, Strategien und Kooperationen auszuhandeln. Die Spaltung verläuft zwischen auskömmlich, verlässlich Geförderten, die die verfügbaren Mittel absorbieren, Denkverbote durchsetzen und Veränderungen blockieren, und prekär und ehrenamtlich Tätigen, die sich vergeblich abmühen – so jedenfalls die Wahrnehmung. Diese Spaltung, die von wechselseitigen Vorbehalten, Neid-, Nutzen-, Wirkungs- und Relevanzdebatten vital gehalten wird, manifestiert sich in konfliktbehafteten Gegenüberstellungen: sogenannte Hochkultur versus Breiten- und Soziokultur, institutionell geförderte Einrichtungen versus freie Szene, Leuchtturmförderung versus flächendeckende Grundversorgung, Kultureinrichtungen versus Einzelkünstler bzw. individuelle Akteure, Rückwärts- versus Vorwärtsgewandtheit, Angebots- versus Nutzerorientierung, Stadt versus Land sowie mittelthüringischer Raum rund um die horizontale Hauptverkehrsachse versus Peripherie. Das jeweils Letztgenannte wird im Politikfeld stets als benachteiligt empfunden. Auffällig ist die kulturelle, politische und touristische Sogwirkung, die Weimar und der davon profitierende Raum in Mittelthüringen entfacht. In diesem Kontext wird von einer Zentralisierung der landesbedeutsamen Kulturinfrastruktur gesprochen. Dazu passend: Tradition, kulturelles Erbe und Bestandswahrung sowie die Vorbehalte gegenüber neuen, unkonventionellen und unterhaltungsorientierten Ansätzen erscheinen den Befragten omnipräsent und vereinnahmen die inhaltliche Perspektive auf Kultur, zumal sich das Land vorwiegend Einrichtungen und Sparten widmet, die es am höchsten fördert – ergo den historischen Leuchttürmen. Das Festhalten an der Vergangenheit und am Bestand dominiert, der Blick in die Zukunft unterbleibt, so ein verbreiteter Befund: Es wird bemängelt, dass erstens kaum die Bedürf-

257 | I01_Stö: 24, 29; I02_Kno: 45; I04_Dei: 30; I05_Hid: 61; I06_Mit: 44; I07_Mül: 11-13, 47-51, 55, 61; I08_Neg: 39, 77; I09_Sch: 56; I10_Web: 12-22; I11_Fit: 54; I13_Lüd: 78; I14_Kla: 74, 135; I15_Sie: 12-18, 32; I17_Kel: 23-25; I18_Gri: 66, 103-105; I20_Dre: 5-7, 13-15; I21_Bru: 62-64; I22_a: 6, 73-75; I23_Löw: 18; I24_Röß-Put: 91; I25_Mat: 8, 26, 32; I26_Lan: 40, 44; I27_Hoff: 33.

nisse und Ansprüche junger Menschen an Kultur einbezogen würden, dass zweitens ambitionierte Personen aus der freien Szene zu wenig Interesse an und Wirkung mit ihrer Arbeit erführen und daher Thüringen verließen, dass sich drittens die Kulturpolitik nicht bemühe, Artefakte, Immobiles, Stilbildendes oder Bleibendes von der zeitgenössischen kulturellen Praxis an kommende Generationen zu übergeben, dass viertens das Land Problemen und Herausforderungen nicht begegne, sondern unliebsamen Entscheidungen im Sinne einer additiven Kulturpolitik ausweiche, und dass fünftens eine Vision für das kulturell-künstlerische Schaffen und langfristige Ziele, die strategisch und vorausschauend verfolgt würden, fehlten. Die Charakterisierung des Politikfelds als orientierungslos, aktionistisch und reaktiv fügt sich in das Bild ein. Entsprechend werden erst über akute Notwendigkeiten Handlungen ausgelöst und Entscheidungen getroffen. Die Öffentlichkeit schließt sich diesem Muster an und berichtet über Kultur vorwiegend in Krisensituationen, d.h. wenn Kürzungen angekündigt sind.²⁵⁸

Geringe Veränderungsbereitschaft und mangelnde Zukunftsorientierung sind einerseits auf die Selbstreferenzialität des Politikfelds zurückzuführen und hängen gewiss auch mit der in toto zufriedenstellenden Lage der Kultur in Thüringen zusammen. Ersteres bedeutet, dass ein kleiner, stabiler Kreis an von der Förderung maßgeblich begünstigten und in Gremien und Entscheidungsprozessen involvierten Akteuren eigene Privilegien zu schützen versucht, sich von äußeren Einflüssen abkapselt, neuen Impulsen skeptisch gegenübersteht, für externe Akteure und Beobachter als unzugänglich und intransparent wahrgenommen wird und die Bindung zu den kulturell-künstlerisch tätigen Personen verloren hat.²⁵⁹ Die zufriedenstellende Lage äußert sich darin, dass die Befragten die Vielfalt und Tradition an historisch authentischen Kulturorten und Wirkungsstätten bedeutender Künstler sowie das hohe Niveau und die hohe Dichte an kulturellen Angeboten hervorheben, was ihrer Meinung nach andere Bundesländer in dieser Form vermissen. Auch neuartige und innovative kulturell-künstlerische Ausdrucksformen entwickeln sich positiv auf lokaler Ebene – selbst unter schwierigen Rahmenbedingungen, wie Benjamin-Immanuel Hoff einräumt.²⁶⁰ Der beschauliche und vorzeigbare Status quo erzeugt keinen ausreichend großen Handlungsdruck. Die Funktionsweise des Systems ist bisher nicht eingeschränkt, auch wenn sich die Stimmen mehren, die auf den schwindenden Gestaltungsspielraum durch den Wegfall von EU-Mitteln, die Abnahme der Solidaritätspaktmittel, die einzuhaltende Schuldenbremse,

258 | I01_Stö: 30, 34-40, 80, 168, 174, 132; I02_Kno: 31-33, 43, 93-97; I03_Pet: 6-8, 54-56, 110; I04_Dei: 6, 28, 92; I05_Hid: 67; I06_Mit: 8, 36, 40; I07_Mül: 25; I08_Neg: 39; I09_Sch: 8, 26, 44, 52, 56, 104; I10_Web: 38; I12_Ebe: 12, 85-87; I13_Lüd: 6, 56, 58; I15_Sie: 32; I16_Kai: 6; I18_Gri: 5, 26, 30, 91; I20_Dre: 11, 49, 86, 108; I22_a: 6, 18, 26, 32, 73-75, 121-123; I23_Löw: 36; I24_Röß-Put: 68-69; I25_Mat: 10, 26, 32, 73; I26_Lan: 12, 101; I29_Hel: 133. André Störr nennt als Beispiele für die geringe Neigung, die zeitgenössische Kulturpraxis an kommende Generationen zu übergeben, dass der marginal ausgestattete Ankaufsetat in der bildenden Kunst sich am sozialen Motiv, nicht an der strategischen Beobachtung des Kunstmarkts orientiere, und dass aus der Kulturförderung und Stipendienvergabe keine überregional relevanten und vom Publikum beachteten Künstler hervorgingen.

259 | I01_Stö: 30-32, 44, 174; I04_Dei: 62; I09_Sch: 30, 40, 90; I18_Gri: 26.

260 | I01_Stö: 32, 174; I04_Dei: 6, 92; I06_Mit: 8, 40; I07_Mül: 47; I10_Web: 10; I11_Fit: 54; I12_Ebe: 12; I14_Kla: 24; I15_Sie: 28; I20_Dre: 39-41, 49, 102; I23_Löw: 28; I25_Mat: 73; I27_Hoff: 25.

den Bevölkerungsrückgang und die Alterung des klassischen Kulturpublikums hinweisen, die mangelnde überregionale Wahrnehmung des Thüringer Kulturangebots kritisieren und sofortige Anpassungen einfordern, bevor in wenigen Jahren nur noch auf den extern induzierten Wandel reagiert werden könne. Doch diese Stimmen werden vorerst ausgeblendet oder verdrängt. Außerdem greifen die Mechanismen des kooperativen Kulturföderalismus und des Trägerpluralismus, wodurch eine große Anzahl an voneinander abhängigen Vetospielern Wandel blockiert. Die multiplen Zuständigkeiten behindern die Konsensbildung und die Umsetzung von Zielen. Letztlich lähmen der lokale Patriotismus und Partikularinteressen, die auf den Erhalt zumindest des eigenen Kulturbetriebs oder -verbands drängen, politische Prozesse. Historische Rivalitäten und die damit verbundenen Statusfragen wie z.B. zwischen Erfurt und Weimar schüren emotionalisierende und verlustangstgetriebene Verhaltensweisen, die kulturpolitische Aushandlungsprozesse nicht mehr zu integrieren und sachlich aufzufangen vermögen.²⁶¹

Fragen der Finanzierung und Mittelverteilung bestimmen die Betrachtung von Kulturpolitik in politischen Gremien, unter Kulturschaffenden und in der Öffentlichkeit. Diskussionen, politische Prozesse und Entscheidungen erfahren die Befragten als geldgetrieben und finanzpolitisch motiviert. Die inhaltliche Ausgestaltung und Relevanz des Kulturangebots sowie der Sinn und Zweck der Kulturförderung geraten in diesem Umfeld in den Hintergrund und werden weder hinterfragt noch ausgehandelt. Dass es stets an Geld mangelt, gehört zum Selbstverständnis der Kulturakteure, die ihre eigene Förderung natürlich immer in Relation zu einem besser ausgestatteten Bezugspunkt aus einer anderen Sparte oder aus der eigenen Sparte, z.B. in einem anderen Bundesland, bewerten. Die Kulturakteure strahlen zugleich eine geringe Selbstwirksamkeitserwartung aus, externalisieren die Lösung ihrer Probleme auf den Staat und haben ihre Abhängigkeit von öffentlichen Fördergeldern als selbstverständlich verinnerlicht. Diese Situation lässt sie – um Besitzstände zu wahren – eine selbstbezogene Verteidigungshaltung einnehmen und in beständiger Existenzangst leben, die manche Befragte allerdings als unbegründet zurückweisen. Diese Haltung ist jedoch im Grundsatz verständlich, da kulturpolitische Entscheider nicht von Kultureinrichtungen erwarten können, dass sie sich selbst abschaffen. Diese Förderentscheidungen muss die Landesregierung treffen, der einige Befragte mehr Mut und Durchsetzungsvermögen auch gegen Widerstände wünschen.²⁶² Gewiss liegt es auch in der fehlenden mäzenatischen und privatwirtschaftlichen Unterstüzerstruktur begründet, dass sich Kulturakteure auf öffentliche Fördermittel verlassen, ihre Anträge den Fördervoraussetzungen und -präferenzen der Richtlinien und staatlichen Entscheider anzupassen versuchen und es weitestgehend unterlassen, Finanzierungsalternativen zu erschließen. Die komfortablen und flexiblen Rahmenbedingungen, die das Land bietet, verleiten zum einen zur Anspruchslosigkeit, da ein gewisser Akteurskreis jährlich ein Mindestmaß an Geldern verlässlich erhält und sich darauf ausruhen kann, und zum anderen zur ineffizienten

261 | I01_Stö: 32, 174; I02_Kno: 31-33, 51; I03_Pet: 110; I07_Mül: 41, 49, 59; I09_Sch: 26, 52, 56; I10_Web: 22, 30; I12_Ebe: 31, 91, 122-128; I15_Sie: 26; I18_Gri: 66; I20_Dre: 11, 108; I27_Hoff: 25; I30_a: 64.

262 | I01_Stö: 30, 134-136; I02_Kno: 77; I06_Mit: 8, 38, 82; I07_Mül: 25; I09_Sch: 104; I10_Web: 18, 32; I11_Fit: 54; I12_Ebe: 59; I13_Lüd: 6; I16_Kai: 53; I17_Kel: 12, 16-18, 21-23; I18_Gri: 64-68, 75; I20_Dre: 5-7, 39, 102; I25_Mat: 47; I26_Lan: 12; I27_Hoff: 25; I29_Hel: 118.

Mittelnutzung, besonders da die Kulturverwaltung dazu ermuntert, Mittel vollständig auszugeben, um einem geringeren Fördersatz im Folgejahr vorzubeugen.²⁶³

Zwischen den großen finanziellen Möglichkeiten des Landes und den engen Spielräumen für die freiwillige Aufgabe Kultur auf der kommunalen Ebene besteht für einige Befragte offenkundig eine Diskrepanz. Die Gebietskörperschaften, für die der Kulturbereich insgesamt eher eine untergeordnete Rolle spielt, fordern ein stärkeres Landesengagement, um den sich ausbreitenden Haushaltsnotlagen und Haushaltssicherungskonzepten entgegenzuwirken und um Kürzungen des Kulturetats zu vermeiden. Das Land verlangt dagegen, dass sich die Kommunen an der Kulturförderung beteiligen. Der Konflikt speist sich daraus, dass das Land zugleich die finanzielle Lage der kommunalen Ebene mitverantwortet, weil es die Finanzausstattung u. a. über den Kommunalen Finanzausgleich steuern kann.²⁶⁴

Weitere Themen, die die Befragten beschäftigten, sind die Trennung und Verstreuung kulturbezogener Ressorts in den Ministerien, die behäbige und teils stockende ressort- und spartenübergreifende Absprache und Zusammenarbeit, das Schubladen-Denken der Landesverwaltung, die kulturelle Ausdrucksformen in tradierte Förderschubladen einzuordnen pflegt, sowie die Verslossenheit der öffentlichen Kulturförderung gegenüber privatwirtschaftlichen Intentionen und unterhaltungsorientierten Angeboten. Es wird eine Debatte vermisst, die sich über Sparten- und Partikularinteressen hinweg der Bedeutung der Kultur als Ganzes widmet. Kurzum: Teilweise mangelt es an Wissen, welche Vielfalt an Kulturakteuren überhaupt in Thüringen besteht. Ist dies gegeben, dann herrscht indes Unwissenheit, Ignoranz oder eine zu große inhaltliche Spezialisierung, um wahrzunehmen, mit welchem Inhalt, mit welcher Zielrichtung und aus welcher Motivation heraus der Andere agiert.²⁶⁵ Letztlich formulieren einige Befragte mit einem nach außen gerichteten Blick, dass Kulturpolitik gewiss eine Symbolkraft ausstrahle, hinter der sich eine politische Mehrheit versammle, wenn Kürzungen oder Schließungen angedacht seien, allgemein aber nur eine geringe Relevanz im Wettstreit der Politikfelder besitze und von Parteien und Politikern lediglich mit geringem Interesse bedacht und als optionales Nischenthema behandelt werde.²⁶⁶

263 | I01_Stö: 168; I05_Hid: 93; I09_Sch: 8; I11_Fit: 123; I18_Gri: 66; I27_Hoff: 25.

264 | I02_Kno: 37-39; I06_Mit: 40; I07_Mül: 35; I14_Kla: 20; I17_Kel: 16, 23; I23_Löw: 80; I24_Röß-Put: 26-27, 69; I25_Mat: 32; I26_Lan: 54; I27_Hoff: 35. Die kontinuierliche Reduzierung von Stellen in der kommunalen Kulturverwaltung stützt den Befund der tendenziell untergeordneten Bedeutung des Kulturbereiches auf kommunaler Ebene.

265 | Die verstreute Verwaltung kultureller Angelegenheiten ist in Kapitel 3.1 ausführlich thematisiert worden. I03_Pet: 66-68; I04_Dei: 6; I06_Mit: 12; I07_Mül: 67-69; I08_Neg: 116-125; I09_Sch: 12, 42, 90; I10_Web: 18; I11_Fit: 12-14; I12_Ebe: 18-20; I14_Kla: 8-12; I15_Sie: 22; I16_Kai: 6, 12, 39-43; I17_Kel: 47-51, 59; I18_Gri: 66; I19_S-O: 11; I20_Dre: 102; I21_Bru: 69-74; I24_Röß-Put: 23-24, 31-36, 83; I26_Lan: 20-22, 48. Martin Eberle meint, dass die über Jahre eingespielte interministerielle Zusammenarbeit zwischen Kultur- und Tourismusbereich gut funktioniere.

266 | I05_Hid: 118-121; I07_Mül: 93; I09_Sch: 60; I17_Kel: 64; I30_a: 14.

4.4.1.3 Wahrnehmung von Exekutive, Legislative und Gremien

Kulturpolitik wie auch generell die politische Wirkkraft wird auf der Landesebene in der Exekutive verortet. Die Legislative besitzt dagegen nur eine geringe Relevanz.²⁶⁷ Belege dafür sind, dass erstens der von der Regierung eingebrachte Haushalt zumeist nur geringfügig modifiziert den Landtag passiert, dass zweitens gestalterische Aufgaben wie die Aushandlung von Förderverträgen, der Erlass von Richtlinien und die Verteilung der Finanzmittel in der Hand des Ministers und seiner Behörde liegen und dass drittens das Politikfeld kaum gesetzlich fundiert ist.²⁶⁸ Aus der Perspektive kulturpolitischer Akteure erklärt sich das Ungleichgewicht zwischen Exekutive und Legislative aus der Logik der Priorisierung und des geringeren Widerstands: Einerseits wirken sich Handlungen und Förderentscheidungen exekutiver Akteure unvermittelt und limitierend auf die Arbeitssituation im kulturellen Feld aus. Andererseits müssen Abgeordnete ein weites Spektrum an um Aufmerksamkeit konkurrierenden Politikfeldern bearbeiten, wodurch sie inhaltlich im Schatten der Kulturverwaltung, die ihre Aufmerksamkeit alleinig auf kulturbezogene Themen richtet, stehen.²⁶⁹ Obwohl legislative Akteure ihr Interesse an kulturellen Themen kommunizieren, äußert sich dies nicht in einer mehrheitsfähigen Unterstützung bei der Verteilung von Haushaltsmitteln. Weiterhin hemmen die den Fraktionen inhärenten Handlungsmuster einen konstruktiven Diskurs mit den Abgeordneten, wie der Landkreistag unterstreicht: Typologisch vertreten die Koalitionäre konzertiert und diszipliniert die Regierungspositionen und blenden andersartige Argumente aus ihrer Wahrnehmung aus. Demgegenüber ist die Opposition darauf bedacht, die Argumente anderer als Vehikel zu nutzen, um ihre Stellung im diskursiven politischen Wettstreit mit der Regierung zu verbessern.²⁷⁰ Die differierenden Handlungsmuster von Regierung und Opposition und die damit einhergehenden abweichenden Kommunikationsstile stützt Matthias Deichstetter anhand eines weiteren Aspekts: Die ehemaligen Oppositionsparteien agieren in der Regierungsverantwortung vorsichtiger und reservierter, wogegen die ehemalige Regierungspartei CDU in der Opposition versuche, eigeninitiativ Bündnisse mit Kulturverbänden zu schmieden.²⁷¹ Katja Mitteldorf äußert in diesem Kontext, dass Linke und Grüne im ersten Regierungsjahr sukzessive ihre internalisierten repulsiven und a priori auf Widerstand ausgelegten Handlungsmuster an die neue Handlungssituation adaptiert hätten. In der Regierungskoalition erfolge der Aushandlungsprozess im Rahmen eines kritisch-konstruktiven Dialogs und vorwiegend in geschützten Räumen. Ungeachtet dessen ringen legislative und exekutive Akteure innerhalb dieses Kreises um Gestaltungsansprüche, Kompetenzverteilungen und ihre divergierenden Funktionen – aber abseits der öffentlichen Wahrnehmung. Die parlamentarische Minderheit ist indes auf die öffentliche Zuspitzung und den ritualisierten Widerspruch angewiesen, um auf Regierungshandeln einwirken zu können.²⁷²

267 | I01_Stö: 42; I06_Mit: 47-52; I17_Kel: 94. Dieser Befund wird in der Politikwissenschaft vielfältig bestätigt, u. a. geht Reutter (2008) auf das Verhältnis von Legislative und Exekutive in den Bundesländern ein.

268 | I01_Stö: 28; I25_Mat: 38.

269 | I03_Pet: 40.

270 | I14_Kla: 86.

271 | I04_Dei: 24.

272 | I06_Mit: 32, 47-52, 88.

Im subsidiär organisierten kooperativen Kulturföderalismus füllen die staatlichen Akteure auf der Landesebene eine Scharnierfunktion zwischen den vertikal ausdifferenzierten politischen Ebenen und heterogenen Trägern kultureller Angebote aus. Sie fungieren als Bindeglied und führen idealiter einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen und Kulturbereichen herbei.²⁷³ Die Verwaltung wirkt wiederum als Vermittlerin zwischen politischen Entscheidern und Geförderten; sie bündelt Fragen und Probleme kultureller Akteure und kommuniziert diese der politischen Entscheidungsebene.²⁷⁴ Die kulturverantwortende Behörde als Ganzes nimmt für die Befragten eine dominante Stellung im Politikfeld ein. Die Wahrnehmung dieses Exekutivorgans lässt sich jedoch nicht unter eine monolithische Rolle subsumieren.²⁷⁵ Sie differiert je nach Handlungsbereich und Positionierung im Feld – eng involvierte Akteure äußern eher positive Assoziationen, periphere eher negative.²⁷⁶ Die Rollenverständnisse der Kulturminister der 5. und 6. Wahlperiode liefern aufschlussreiche Hintergrundinformationen, die die Einschätzungen der Befragten kontextualisieren. Christoph Matschie und Benjamin-Immanuel Hoff rekurrieren beide auf den Begriff der partizipativen Kulturpolitik, um ihren politischen Stil zu beschreiben.²⁷⁷ Matschie verbindet damit eine Abkehr von reinen Top-down- und eine Hinwendung zu Bottom-up-Prozessen. Nach seiner Vorstellung kann das für die Organisation von Kultur notwendige kreative Potenzial erst erschlossen werden, wenn es gelingt, kulturpolitische Akteure und Kulturschaffende einzubeziehen. Während seiner Amtszeit versuchte er, multiple Rollen je nach Handlungssituation auszufüllen: insbesondere die des begleitenden Partners wie auch die des Entscheiders.²⁷⁸ Hoff sieht sich in der Rolle des gestaltend-intervenierenden Kulturministers, der über seine geldverteilende Funktion Anreize setzt, Erwartungen adressiert und als Rahmensetzer wirkt, sich aber vom Inhalt kultureller und künstlerischer Ausdrucksformen fernhält. Zudem hat er die Rolle des Kommunikators inne, der über den persönlichen und regelmäßigen Austausch mit den seiner Einschätzung nach ungefähr 100 relevanten Akteuren ein gemeinsames Verständnis für einen Sachverhalt herausarbeitet und die Handelnden vorausschauend und lösungsorientiert anspricht. Partizipative Kulturpolitik bedeutet für ihn, dass der Austausch auf der Basis einer faktenuntersetzten Analyse und konzeptuellen Grundlage ergebnisoffen geführt wird.²⁷⁹ Katja Mitteldorf komplettiert, dass die rot-rot-grüne Regierung stark bottom-up-ori-

273 | I10_Web: 10; I20_Dre: 67-70.

274 | I12_Ebe: 97.

275 | I07_Mül: 59; I12_Ebe: 149; I19_S-O: 148; I26_Lan: 109.

276 | I09_Sch: 102; I12_Ebe: 149. Martin Eberle sammelte bisher positive Erfahrungen und empfindet Regierungen als Ermöglicher. Seiner Meinung nach liegt es an den Akteuren, die Initiative zu ergreifen, Kooperationen zu initiieren und die Ermöglicher in den entscheidenden Funktionen zu finden.

277 | I25_Mat: 69; I27_Hoff: 33.

278 | I25_Mat: 61, 69. Für die Rolle des begleitenden Partners nennt er beispielhaft die Kulturentwicklungskonzeptionen und die Standortdebatte für das Bauhaus-Museum. Die Rolle des Entscheiders nahm er z. B. am Ende von Diskussionsprozessen wahr.

279 | I27_Hoff: 8, 12, 16-18, 33. Der Austausch erfolgt über Gremien, Veranstaltungen, Gesprächstermine, Telefonate oder Kurznachrichten. Wenn in den Medien oder in Gesprächen von kulturpolitischen Problemen berichtet wird, versucht Hoff, einen direkten Kontakt zu den Betroffenen aufzubauen, was bereits entschärfend

entiert arbeite, was mit ihrem politischen Ansatz kongruent sei – andernfalls würde sie in ihrer Funktion als Abgeordnete intervenieren. Im ersten Jahr der Legislatur äußerte sich Regierungshandeln für sie in den Rollen Ermöglicher, Partner, Berater, Moderator, Vermittler und Rahmensetzer.²⁸⁰

Die Befragten charakterisieren das kulturverantwortende Exekutivorgan im Kern als Geldverwalter²⁸¹, was zwei Seiten derselben Medaille abdeckt; damit ist ebenso eng die Rolle des Rahmensetzers²⁸² verbunden, da die öffentliche Hand als Orientierungspol auftritt, der die zeitlichen Abläufe und die Aufmerksamkeit im Politikfeld strukturiert.²⁸³ Das Verwaltende der obigen Charakterisierung bezieht sich auf die Funktionsfähigkeit und die sachgerechte Abwicklung von organisatorischen und administrativen Prozessen, die Aufstellung des Haushalts, die Ausgabe von Fördermitteln und die Begleitung des Bestehenden innerhalb einer tradierten und starren Rahmung – handlungsleitend ist somit ein externer Impuls, Auftrag oder Zwang.²⁸⁴ Die Kulturverwaltung verzichtet weitestgehend darauf, Kulturpolitik wissenschaftlich zu reflektieren und ihre eigenen Positionen zu kommunizieren. Tobias Knoblich bemerkt, dass sie Entscheidungen externalisiere und sich auf die Expertise von Verbänden verlasse.²⁸⁵ Innerhalb der formalisierten Rahmung agiert die ministerielle Arbeitsebene aber überaus flexibel, kooperativ, verlässlich und entgegenkommend, ist gesprächsbereit für inhaltliche Vorschläge, sucht Kompromisse und gibt technische Hinweise, um die Wahrscheinlichkeit einer Antragsbewilligung zu erhöhen. Gleichwohl erfolgt dieser von den Befragten geschätzte sachorientierte Dialog nahezu ausschließlich, ohne dass die Verwaltung inhaltliche Impulse setzt oder einen gestaltenden Anspruch erhebt, und stets in Bezug auf eine konkrete Förderung.²⁸⁶ Im Vergleich zu anderen Politikfeldern und Bundesländern wird die auf Abstimmung orientierte Zusammenarbeit der Kulturver-

auf die Situation wirkt und die Betroffenen dazu bewegt, künftig zuerst den Kontakt zum Minister zu suchen.

280 | I06_Mit: 87-88.

281 | I02_Kno: 94; I18_Gri: 97-99.

282 | I08_Neg: 132-139; I11_Fit: 139-148; I15_Sie: 56; I24_Röß-Put: 165.

283 | I18_Gri: 9-11. Die Sparkassen-Kulturstiftung wirkt als Koförderin kultureller Projekte und richtet daher ihre Bewilligungsabläufe am Staat aus.

284 | I01_Stö: 170; I02_Kno: 75-77; I08_Neg: 132-139; I11_Fit: 102-107, 139-148. Thomas Fitzke erlebt kaum, dass die Exekutive eigeninitiativ auf Akteure zugehe oder zum konstruktiven Austausch abseits ritualisierter Besprechungen zum Stand des gegenwärtig geförderten Projekts einlade. I17_Kel: 92. Jörg Kellner weist darauf hin, dass ein konstitutives Merkmal von Verwaltung sei, dass sie loyal ihre Pflichten erfülle und erst neue politische Aufträge ihr Handeln veränderten. I18_Gri: 9-11, 28. I22_a: 30-34; I30_a: 88. Michael Grisko bewertet die jährliche Antragsstellung beim Land, die durch den Haushaltsrhythmus sowie administrative Abrechnungs- und Vorlaufzeiten begründet ist, als unzeitgemäß. Für André Störr symbolisieren die fixen Antragsfristen ein planwirtschaftliches Element, das das Kulturangebot im Folgejahr vorstrukturiert.

285 | I02_Kno: 75-77. Die wissenschaftliche Arbeit sei für ihn z.B. in Sachsen ausgeprägter.

286 | I07_Mül: 59; I11_Fit: 123-125, 139-148; I13_Lüd: 28, 49-52, 179, 183; I15_Sie: 14, 56; I18_Gri: 9-11, 28, 97-99; I24_Röß-Put: 28, 99, 106. Die Flexibilität des Landes zeigt sich z.B. in der Projektförderung soziokultureller Einrichtungen. Wenn

waltung als intensiv, engagiert und vorbildlich bewertet.²⁸⁷ Befragte, die einen Einblick in die internen Abläufe der Kulturverwaltung haben, bestätigen, dass die handelnden Personen motiviert und pflichtbewusst ihre Aufgaben erfüllten, obwohl die personellen Ressourcen wie in allen Ressorts der Landesregierung unzureichend seien.²⁸⁸

Abseits ritualisierter Besprechungen zum Stand gegenwärtiger Förderungen und Vorhaben lädt die Exekutive kaum eigeninitiativ zum konstruktiven und strategischen Austausch ein. Größtenteils ist die Kommunikation von äußeren Notwendigkeiten wie Projektanträgen, Vertragsverlängerungen oder Verbandsinitiativen induziert²⁸⁹ – dies liegt gewiss auch in den personellen Ressourcen und der starren äußeren Rahmung exekutiven Handelns begründet. Auf Thomas Fitzke wirkt es, als ob die Förderprogramme aus einem Pflichtgefühl heraus konzipiert seien, in der Praxis aber durch Umwidmungen und Verschiebungen von Posten so flexibel gehandhabt würden, dass eine quasi-institutionelle Förderung entstehe.²⁹⁰ In diesen Kontext fügen sich Äußerungen ein, die die geringe Fachkompetenz der Exekutive hervorheben. Der starre äußere Rahmen führt, ungeachtet der flexiblen inneren Handhabung, dazu, dass das Gespür für die Bedürfnisse und Bedarfe der Kultureinrichtungen und -schaffenden fehlt²⁹¹, was eine Konsequenz aus der in Kapitel 3.3.3 beschriebenen Entkopplung machtkonzentrierender Verbände und politischer Entscheider von den kultur- und kunstproduzierenden Akteuren ist.

Die zweite Seite des Geldverwalters verweist auf die ubiquitäre Wahrnehmung, dass kulturelle Angebote von der öffentlichen Hand zu finanzieren sind.²⁹² Unterschreitet die Kulturförderung den empfundenen Bedarf einer Einrichtung, wird mitunter die bevormundende Rolle des Staates herausgestellt.²⁹³ Die positive Umdeutung dessen formuliert Christoph Drescher, der die Mittelvergabe grundsätzlich als Ermöglichung versteht.²⁹⁴ Zweifelsohne kommt dem Geldgeber angesichts der geringen gesetzlichen Fundierung die zentrale strukturierende Funktion im Politikfeld zu. In diesem Zusammenhang beobachtet André Störr, dass steigende Haushaltsansätze als strategisches Element genutzt würden, um das Ausbrechen schwelender Konflikte zu vermeiden.²⁹⁵ Die Abhängigkeit von öffentlichen Mitteln ist im kulturellen Feld besonders ausgeprägt. Kulturakteure reagieren daher überaus sensibel auf Budgetveränderungen und

die Gebietskörperschaften sich nicht an den Kosten beteiligen wollen oder können, trägt das Land mitunter auch die gesamten Kosten. I26_Lan: 12-14; I28_Röh: 107.

287 | I14_Kla: 121, 149; I26_Lan: 12-14.

288 | I22_a: 30-34; I30_a: 143-148.

289 | I11_Fit: 103; I18_Gri: 68; I24_Röß-Put: 28, 106. Im Jahr 2016 liefen die Richtlinien zur Personalförderung von Kulturakteuren aus. Die LAG Soziokultur reichte in der Staatskanzlei ein Konzeptpapier zur Strukturierung des Arbeitsprozesses für die Neufassung der Richtlinien ein. Dies erfolgte aus der Sorge heraus, dass die Neufassung ohne die Meinung der Projektmanager und Verbände geschrieben werden könnte. Die Staatskanzlei nahm die Vorschläge teilweise auf und ließ zumindest Teilforderungen der Kulturakteure in die neuen Richtlinien einfließen.

290 | I11_Fit: 123-125.

291 | I08_Neg: 132-139; I20_Dre: 104; I22_a: 30-34.

292 | I07_Mül: 59; I11_Fit: 139-148; I20_Dre: 70.

293 | I11_Fit: 139-148.

294 | I20_Dre: 104.

295 | I01_Stö: 28.

drohende Kürzungen. Die Exekutive begegnet diesen Befindlichkeiten, indem sie Geld als von äußeren Umständen bedingtes knappes Gut darstellt und als Topos argumentativ einsetzt, um Einsparungen durchzusetzen. Minister Hoff bemüht beispielsweise die Metapher des vollen Fahrstuhls, um zu signalisieren, dass in Thüringen künftig kaum Mittelanstiege zu realisieren sind. Laut Matthias Deichstetter vernachlässigt er aber, dass übergewichtige Akteure den Fahrstuhl besetzen.²⁹⁶ Die Befragten erkennen hierbei eine Inkonsistenz oder einen konsistenten Mechanismus – je nach Deutung und Perspektive: Für Investitionen und Projekte stünden stets Mittel bereit, wenn politische Entscheider ein persönliches Interesse artikulieren oder sich kulturpolitisch profilieren wollten.²⁹⁷ Konsistent ist es für diejenigen, für die es selbstverständlich ist, dass persönliche Präferenzen Förderentscheidungen beeinflussen, selbst innerhalb der Verwaltung, die kontrastiv zur kurzfristig orientierten politischen Entscheidungsebene auf Kontinuität und Regelkonformität ausgerichtet ist.²⁹⁸

Einige Befragte vermissen in der Thüringer Kulturpolitik strategische Ziele, den Gestaltungswillen und eine Orientierungsleistung der Regierung.²⁹⁹ Gestaltung setzt voraus, dass Szenarien wünschenswerter Zukünfte und damit korrespondierende Ziele definiert werden, aus denen Entscheidungen resultieren, die dazu beitragen, sich der entwickelten Vorstellung von Kulturpolitik in einem iterativen Prozess auch gegen Widerstände anzunähern. Sogar das Kulturkonzept, das strategisch und reflexiv Kulturpolitik behandeln sollte, wird vorwiegend als unverbundene Zustandsbeschreibung und selbstreferenzielles Dokument wahrgenommen.³⁰⁰ Dass aus strategischen Zielen und politischer Gestaltung ein engerer Handlungsrahmen und unliebsame, kontroverse Entscheidungen resultieren, ist für die Befragten unproblematisch, da dies ihrem Verständnis von Regierungsverantwortung in einer repräsentativen Demokratie entspricht.³⁰¹ Dies bleibt bislang aber aus; staatliche Akteure schütteten vielmehr unreflektiert Geld aus, wie André Störr akzentuiert.³⁰² Der Geldgeber verteilt die Fördermittel nach tradierten Mustern und bewilligt selbst kleinste Summen, um nach formalen Kriterien Verlierer oder Verschiebungen im Kreis der Etablierten zu vermeiden.³⁰³

Bislang sind politische Entscheider nicht bereit, tradierte Pfade zu reflektieren und infrage zu stellen.³⁰⁴ Obwohl die rot-rot-grüne Regierung durchaus ihren Willen zur Gestaltung, zur Veränderung und zum Diskurs artikuliert³⁰⁵, erforderten tradierte und regional verwurzelte Muster viel Zeit und öffentlichkeitsgeschützte Räume, damit kulturpolitische Akteure den Wandel mittrügen, so Hasko Weber.³⁰⁶ Aus der umgekehrten

296 | I04_Dei: 28.

297 | I22_a: 136-139.

298 | I12_Ebe: 149.

299 | I01_Stö: 30, 132, 168-170; I02_Kno: 94; I03_Pet: 106-108; I09_Sch: 6; I18_Gri: 93, 97-99; I20_Dre: 104; I26_Lan: 12-14, 44.

300 | I01_Stö: 30; I06_Mit: 98; I20_Dre: 105-108; I24_Röß-Put: 171.

301 | I01_Stö: 132; I04_Dei: 84; I18_Gri: 97-99; I19_S-O: 150-152; I26_Lan: 109. Eckart Lange kritisiert, dass die rot-rot-grüne Regierung im ersten Regierungsjahr Entscheidungen aufgeschoben und vermieden habe.

302 | I01_Stö: 30, 168-170; I20_Dre: 104.

303 | I02_Kno: 94.

304 | I01_Stö: 42.

305 | I09_Sch: 58, 102; I10_Web: 65-66; I24_Röß-Put: 85, 165.

306 | I10_Web: 65-66.

Perspektive betrachtet führen aber die starren und tradierten Strukturen zu behäbigen Prozessen und zu einer Demotivation statt zu einer Aktivierung der Akteure. Aktivierung setzt für Dirk Schütz voraus, dass Prozesse ergebnisoffen und transparent gestaltet würden.³⁰⁷ Mangelnde Transparenz verursacht und verstärkt Informationsdefizite, Unsicherheiten und kolportierte Wahrnehmungen und führt somit zu behäbigen Prozessen im Politikfeld. Benötigen kulturpolitische Akteure Daten und Informationen, sind sie entweder auf die Kooperationsbereitschaft von Verwaltungsmitarbeitern angewiesen oder ihnen verbleibt, falls der persönliche Kontakt fehlt oder Informationen blockiert werden, der Weg über Anfragen von Abgeordneten, was mindestens sechs Wochen in Anspruch nimmt.³⁰⁸ Eine ausbaufähige Transparenz wird indes nicht nur der Exekutive attestiert, sondern ebenso Verbänden.³⁰⁹

Drei wesentliche Aspekte gehören zu den tradierten Strukturen der Kulturpolitik: Erstens fühlen sich geografisch und inhaltlich peripher verortete bzw. als weniger bedeutsam von politischen Entscheidern erachtete Kulturakteure und -bereiche vernachlässigt. Dem Thüringer Zentrum und insbesondere Weimar wird eine politische und repräsentative Aufmerksamkeit zuteil, die bei den Nichtberücksichtigten Unbehagen auslöst. Ursächlich dafür sind die geringen personellen Ressourcen der Verwaltung, die dadurch kaum ausgleichend und flächendeckend wirken kann, die verwaltungsinterne und politische Priorisierung des mittelthüringischen Raums und das öffentliche Interesse, das ebenso auf Mittelthüringen ausgerichtet ist; unter Rot-Rot-Grün deutet sich zumindest ein leichter Wandel der politischen Priorisierung an.³¹⁰ Zweitens werden die bereits ausführlich thematisierten differierenden Logiken und Fördergrundsätze von Wirtschafts-, Bildungs- und Kulturpolitik wahrgenommen, wodurch sich der Eindruck aufdrängt, dass eine verwaltungstechnische Trennung der Politikfelder und Zuständigkeiten der inhaltlichen Heterogenität künstlerischen und kulturellen Schaffens und einer politikfeldübergreifenden Strategie entgegensteht.³¹¹ Christoph Matschie betont, dass ohne die Artikulation des politischen Willens auf der Leitungsebene sich Verwaltungen auf ihren originären Zuständigkeitsbereich zurückzögen und interministerielle Kooperationen vermieden.³¹² Bezogen auf die politikfeldübergreifende Dimension von Kultur gibt Benjamin-Immanuel Hoff zu bedenken, dass die Konzentration aller kulturbezogenen Bereiche in einem Ministerium zwar die Effizienz von Abstimmungs- und Entscheidungsprozessen steigern würde, aber zugleich die politische Verantwortung für kulturelle Themen in den restlichen Ministerien schwinden ließe.³¹³ Der dritte Aspekt bezieht sich auf den politischen Prozess, in den die Exekutive erst Akteure einbezieht, die sich hartnäckig aufdrängen – handlungsleitend ist wiederum ein externer Impuls. Ob Vorschläge gehört und in Entscheidungsprozesse integriert werden, ergo Partizipation über eine formale Beteiligung hinausgeht, hängt von der Anerkennung im Kern des *policy*-Netzwerks ab.³¹⁴ Matthias Deichstetter beschreibt ein seiner Meinung nach wiederkehrendes Muster, das für ihn die kulturpolitische

307 | I01_Stö: 170; I09_Sch: 58, 102.

308 | I24_Röß-Put: 141-143.

309 | I11_Fit: 46.

310 | I22_a: 30-34.

311 | I20_Dre: 47; I26_Lan: 48.

312 | I25_Mat: 14-16.

313 | I27_Hoff: 6.

314 | I01_Stö: 80.

Entscheidungsebene charakterisiere: Die Landesregierung setze durch ihr Handeln a priori einen Standard. Anschließend erfrage sie bestenfalls die Meinung vom Kern des *policy*-Netzwerks, ohne einen inhaltlich-konstruktiven Dialog zu initiieren oder führen zu wollen. In der Folge werde der Standard erst korrigiert, wenn der Widerstand im Politikfeld zu groß und öffentlichkeitswirksam artikuliert werde.³¹⁵ Es wird zwar anerkannt und wertgeschätzt, dass seit Christoph Matschie die Bemühungen um Beteiligung zugenommen haben, jedoch deuten einige Befragte die Prozesse als folgenlose Scheinbeteiligung; sie spüren, dass das Ministerium weiterhin die Entscheidungen trifft, ohne Meinungen aufzunehmen oder zu begründen, warum Ergebnisse des Partizipationsprozesses nicht berücksichtigt werden.³¹⁶ Die gegenteilige Wahrnehmung äußert Eckart Lange, der mit den unter Matschie eingesetzten Arbeitsgruppen und Austauschplattformen zufrieden ist und damit eine neuartige intensive inhaltliche Arbeit verbindet, die ebenso konkrete Ergebnisse hervorbrachte und nicht um des Redens willen betrieben wurde.³¹⁷

Die Wahrnehmung von Gremien erfolgt häufig in Bezug auf Transparenz und Partizipation. Die ausführlichen Betrachtungen in Kapitel 3.3.3 werden an dieser Stelle um die Einschätzungen der Interviewten ergänzt, die zumeist selbst Gremien angehören oder angehört. Die Vorbedingung für die Berufung in Gremien, seien es Gremien der Exekutive, der Verbände oder der landeseigenen Stiftungen, ist stets, dass der Akteur persönlich den berufenden Stellen bekannt sein muss. Der Auswahlprozess unterteilt sich in zwei Vorgehensweisen: Entweder kontaktiert die berufende Einrichtung direkt ihre Favoriten, die einem gewünschten Kompetenzprofil entsprechen, oder sie bittet die für sie bedeutsamen kulturpolitischen Akteure bzw. die bereits zum Kreis der Gremienmitglieder Gehörenden um Vorschläge.³¹⁸ Es wird zwar der Versuch unternommen, möglichst eine für das spezifische Thema des Gremiums repräsentative Auswahl an Akteuren einzubeziehen – z.B. diverse Akteursgruppen und Akteure, die nicht ausschließlich im mittelthüringischen Raum ansässig sind und die ein heterogenes Erfahrungswissen mitbringen.³¹⁹ Da die Grundgesamtheit aber erstens das persönlich gewichtete Netzwerk der Berufenden abbildet und zweitens nur feldinterne Akteure berücksichtigt, bleibt der Anspruch der Repräsentativität und der Unabhängigkeit per se unerfüllt. In diesem Kontext wird darauf hingewiesen, dass fortwährend der glei-

315 | I04_Dei: 84.

316 | I18_Gri: 97-101; I24_Röß-Put: 169, 171. Bettina Rößger nennt zwei Beispiele: Bei der Weiterentwicklung der Personalförderung des Landes entschied das Ministerium, wer zum ersten Treffen eingeladen wurde. Entgegen der Bestrebungen der LAG Soziokultur war dies nur die Arbeitgeberseite, wogegen die Projektmanager als Arbeitnehmer zunächst außen vor blieben. Das zweite Beispiel betrifft die Entwicklung des Kulturkonzepts. Die Verbände investierten Zeit und Ressourcen in die Arbeitsgruppen, letztlich verschriftlichten aber, nachdem eine beauftragte Person von der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt von ihrer Aufgabe der inhaltlichen Synthese zurückgetreten war, die jeweiligen Referate die Endversion. Dieser Version fehlt dadurch eine übergreifende Perspektive und Handschrift.

317 | I26_Lan: 87.

318 | I05_Hid: 35; I18_Gri: 55-58; I19_S-O: 109-112, 120; I20_Dre: 73-80; I21_Bru: 114-118; I24_Röß-Put: 123, 126-129, 160-161; I25_Mat: 57-59; I26_Lan: 89-91; I28_Röh: 75-77.

319 | I05_Hid: 41; I21_Bru: 114-118.

che enge Personenkreis an kulturpolitischen Entscheidungen beteiligt sei.³²⁰ Ein erster Schritt für mehr personelle Durchmischung ist, dass angelehnt an das Kuratorium der landeseigenen Kulturstiftung peu à peu die Mandatsperiode in den Beiräten auf drei Jahre begrenzt wird.³²¹ Ob die personelle Rotation die strukturelle Selektivität von Beiratsmitgliedern mindert, darf indes bezweifelt werden.

Fachbeiräte besitzen für die Exekutive eine herausgehobene Bedeutung, da sie öffentlich die Bindung zur kulturellen Basis signalisieren, die Verantwortlichkeit für Förder- und strategische Entscheidungen externalisieren, zugleich die Prozesssteuerung in der eigenen Hand belassen und dreifach Kritik vorbeugen. Erstens ist die Berufung ein Symbol der Wertschätzung und indiziert dem teilhabenden, ergo gewichtigen Akteur seine Stellung im Politikfeld. Zweitens erschweren Beiräte den Akteuren, die mangelnde Einbindung in politische Prozesse zu kritisieren. Drittens können die einflussreichen und öffentlich beachteten Akteure kaum Förderentscheidungen beanstanden, da ihr Handeln damit verbunden ist.³²² Idealerweise sind Fachbeiräte ein Instrument der demokratischen Geldverteilung, das allerdings durch das praktizierte Besetzungsverfahren ad absurdum geführt wird. Die in den Gremien vertretenen Interessengruppen haben verständlicherweise ein Interesse, Ressourcen primär in ihre eigenen Handlungsfelder zu lenken – auch wenn die Berufenden bemüht seien, dass Beiratsmitglieder nicht ausschließlich eigennutzmaximierend handelten, wie es eine interviewte Person ausdrückt. Methaphorisch gesprochen teilen sich die Mitglieder jedes Jahr ihren eigenen Kuchen auf, wissen zumeist wie groß ihr Stück zu sein hat und backen den Kuchen nach einem bewährten Rezept, d.h. sie orientieren ihre Voten am Bewilligungsumfang des Vorjahres, weshalb einige Befragte über die geringe Bewertungskompetenz und Antragskenntnis in den Gremien verwundert waren. Solange die Ressourcen entsprechend der tradierten Anteile aufgeteilt werden, fehlen Anreize, Veränderungen und eine Neuausrichtung einzufordern und neue kulturpolitische Ansätze zu entwickeln.³²³

Insgesamt vermitteln die Befragten den Eindruck, dass die Fachbeiräte eher als scheinpartizipatives Feigenblatt der Exekutive dienen, zumal sie lediglich ein empfehlendes Votum abgeben.³²⁴ Diese Wahrnehmung verstärkt sich durch die mangelnde Transparenz, wenn weder die Öffentlichkeit noch Abgeordnete erfahren, wer den Gremien angehört, wie sie arbeiten, wann sie tagen und wie die empfehlenden Voten weiterverarbeitet werden.³²⁵ Die von Katja Mitteldorf eingereichte kleine Anfrage *Kulturelle Fachbeiräte und Gremien im Bereich der Thüringer Staatskanzlei*³²⁶ brachte etwas Licht ins Dunkel. Dennoch lässt die Staatskanzlei auch zweieinhalb Jahre nach der Regierungsbildung die im Koalitionsvertrag vereinbarte Transparenzoffensive vermissen. Christoph Matschie beschreibt den Umgang mit den Voten in seiner Amtszeit wie folgt:

320 | I09_Sch: 84-86; I24_Röß-Put: 126-129; I27_Hoff: 63.

321 | I24_Röß-Put: 123; I26_Lan: 89-91; I28_Röh: 81.

322 | I05_Hid: 105; I19_S-O: 120; I25_Mat: 47; I27_Hoff: 63.

323 | I09_Sch: 84-86; I18_Gri: 34; I20_Dre: 70, 82; I21_Bru: 114-118; I26_Lan: 93.

324 | I18_Gri: 34, 36; I20_Dre: 82; I21_Bru: 114-118. Der Bibliotheksbeirat, der in die Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken ausgelagert ist, trifft sogar bindende Entscheidungen über konkrete Fördersummen. Allerdings erstellt die Fachstelle im Vorfeld nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel einen detaillierten Vorschlag, über den lediglich fachlich diskutiert wird.

325 | I06_Mit: 84; I28_Röh: 82-88.

326 | Siehe Kapitel 3.3.3.

Die Staatssekretärsbene erhält die Empfehlungsliste; der Minister zeichnet ab, kann aber Veränderungen vornehmen, was Matschie nach eigener Aussage sehr zurückhaltend nutzte und wenn, dann ausschließlich in Rückkopplung mit den Beiratsmitgliedern. Er akzeptierte überwiegend die vorgeschlagene Förderliste.³²⁷ Frank Röhrer bestätigt dieses Bild für den Beirat der kulturellen Filmförderung, Gero Schmidt-Oberländer aus seiner Erfahrung aus einem Beirat des Bildungsressorts. Beide erlebten im Nachgang keine fundamentalen oder für sie relevanten Abweichungen.³²⁸ Andere Befragte berichten dagegen, dass persönliche Beziehungen zur Ministeriumsleitung und zu Fürsprechern bzw. einflussreichen Parlamentariern Förderlisten spürbar beeinflusst hätten. Insbesondere im Beirat der Personalförderung habe sich dies als dienlich erwiesen, um Förderungen zu erhalten und Kürzungen abzuwehren. Seit dem Amtsantritt der rot-rot-grünen Regierung unterblieben diese Interventionen, versichert ein Befragter. Grundsätzlich sind persönliche Beziehungen für die Effizienz von politischen Aushandlungsprozessen unentbehrlich und nicht zu kritisieren, so sie denn transparent gemacht, die Bindungen reflektiert und Entscheidungen begründet werden. Neben größerer Transparenz empfehlen die Befragten, regelmäßig zu evaluierende Qualitätskriterien festzuschreiben sowie feldexterne oder außerthüringische Akteure zu berufen. Letztlich macht Eckart Lange deutlich, dass die Bewertung von Förderanträgen per se auf Antizipation und Hoffnung beruhe. Die Planung des Vorhabens ist der einzige Bewertungsmaßstab,³²⁹ wodurch zugleich die Anfälligkeit für persönliche Interessen und Beziehungen steigt.

4.4.1.4 Bruch oder Kontinuität unter Rot-Rot-Grün

Seit der deutschen Wiedervereinigung regierte bis 2014 in Thüringen die CDU mit den Koalitionspartnern FDP oder SPD, von 1999 bis 2009 sogar alleine mit absoluter Mehrheit. Die rot-rot-grüne Koalition, die im Dezember 2014 ihre Arbeit aufnahm, stellte ein Novum in der bundesrepublikanischen Geschichte dar. Inwiefern sie in Kontinuität oder im Bruch bzw. in inkrementeller oder konzeptioneller Veränderung zu ihren Vorgängern agiert, lässt sich an dieser Stelle nur konturieren, da die Interviews noch in der Findungsphase nach der Regierungsbildung stattfanden. Einige Befragte halten sich aus diesem Grund mit Einschätzungen zurück bzw. spüren bisher kaum Veränderungen.³³⁰ Die Gewöhnung und die Anpassung an die neuen Ressortzuschnitte der Ministerien und das neue Regierungspersonal³³¹ sowie die für Kulturschaffende problematische vorläufige Haushaltsführung³³², die sich bis Mitte des Jahres 2015 erstreckte, prägten den Beginn der 6. Wahlperiode. Außerdem erzeugten die 2015 virulent werdende Flüchtlingskrise und die Ende 2016 auslaufenden Theaterverträge einen immanenten Handlungsdruck, der erhebliche Ressourcen in der für Kultur zuständigen Staatskanzlei band.³³³ Letzteres vereinnahmte die kulturpolitische Aufmerksamkeit und ist zugleich als eine Konstante nach der deutschen Wiedervereinigung zu werten.

327 | I25_Mat: 51.

328 | I19_S-O: 121-122; I28_Röh: 90-97.

329 | I05_Hid: 105-107; I13_Lüd: 168-173; I18_Gri: 34-40; I26_Lan: 95-97.

330 | I01_Stö: 28; I03_Pet: 34; I07_Mül: 47; I08_Neg: 71; I16_Kai: 53;

331 | I10_Web: 28; I20_Dre: 27-29; I24_Röß-Put: 85. Die drei Bereiche des ehemaligen TMBWK wurden 2014 auf drei neue Exekutivorgane aufgeteilt.

332 | I13_Lüd: 66.

333 | I06_Mit: 38.

Die Befragten führen als Indizien für ein in Kontinuität stehendes Handeln an, dass Rot-Rot-Grün erstens die Kulturentwicklungskonzeptionen, zweitens diskursive und partizipative Elemente, die von der Vorgängerregierung durch Kulturkonzept und Kulturforum stärker im kulturpolitischen Prozess verankert wurden,³³⁴ und drittens die mittelfristige Finanzierungsperspektive weiterführt.³³⁵ Außerdem schreibt die Regierung das Bestehende fort, konzentriert ihre kulturpolitischen Aktivitäten auf die Theater- und Orchesterfinanzierung und setzt angestoßene Initiativen wie u.a. den Bibliotheksentwicklungsplan und die Reform der Staatsarchivstruktur um.³³⁶ Zudem überdauere eine gewisse Neigung, durch Mittelsteigerungen Konflikten strategisch auszuweichen, so André Störr.³³⁷ Ein Synonym für Kontinuität ist die ministerielle Arbeitsebene, die per se eine stabile Handlungsorientierung, wie Kommunikations- und Förderprozesse zu praktizieren sind, verfolgt.³³⁸ Ein politisch intendierter Wandel diffundiert erst gemächlich in die Verwaltungsstrukturen und wird – wenn überhaupt – erst stark zeitverzögert internalisiert.³³⁹ Ebenso verhält es sich zwischen Land und Gebietskörperschaften, die im kooperativen Kulturföderalismus in einer reziproken rechtlichen und finanziellen Abhängigkeit stehen. Für Katja Mitteldorf bleibt daher der Konflikt über die Finanzierung der kulturellen Infrastruktur eine kulturpolitische Konstante.³⁴⁰ Als Mitglied der Koalition stellt sie das kommunikative Vorgehen der Landesregierung wie folgt dar: Bevor politische Maßnahmen formuliert werden, soll zuerst auf Augenhöhe diskutiert werden.³⁴¹ Da die Protagonisten Minister Hoff und Staatssekretärin Winter fachfremd³⁴² waren und einige Regierungsmitarbeiter zuvor außerhalb Thüringens arbeiteten, prägten Gespräche und Zuhören das erste Regierungsjahr. Inhaltliche Brüche zur Vorgängerregierung blieben insofern aus. Es verwundert daher nicht, dass die Befragten keinen Pfadwechsel bzw. nur leichte Akzentverschiebungen sowie eine Diskrepanz zwischen den u.a. im Koalitionsvertrag formulierten Zielen³⁴³ und dem bisherigen Handeln wahrnehmen.³⁴⁴ Detlef Klass fügt

334 | I09_Sch: 52; I12_Ebe: 31; I20_Dre: 31; I24_Röß-Put: 169; I25_Mat: 70-71.

335 | I09_Sch: 52. Die mittelfristige Finanzierungsperspektive bezieht Dirk Schütz auf die Theater- und Orchesterfinanzierung.

336 | I10_Web: 30; I22_a: 51; I23_Löw: 72, 76; I29_Hel: 96, 116. Michael Helbing beobachtet, dass die Regierung mit dem für sie notwendigerweise Fortzuführenden beschäftigt sei, wogegen Überraschendes und Neues bisher ausgeblieben seien.

337 | I01_Stö: 28.

338 | I15_Sie: 16-20. Für Christina Siegfried ergaben sich seit dem Regierungswechsel keine Veränderungen. Das Tagesgeschäft wurde auf der Arbeitsebene sachorientiert und vertrauensvoll fortgesetzt.

339 | I08_Neg: 71.

340 | I06_Mit: 40.

341 | I06_Mit: 38.

342 | Erwartungsgemäß attestiert Jörg Kellner dem Minister eine geringe Fachkenntnis und ein fehlendes Gespür für die Thüringer Kultur. I17_Kel: 88.

343 | U.a. die Erleichterung des Kulturzugangs für bildungsferne Gruppen, die Stärkung der Soziokultur, die Auflösung von Doppelstrukturen, die Schaffung von kulturellen Leuchttürmen und die Förderung avantgardistischer Strömungen.

344 | I01_Stö: 28; I04_Dei: 85-88; I07_Mül: 47; I08_Neg: 58; I09_Sch: 52; I12_Ebe: 31. Martin Eberle vermutet, dass es unter Rot-Rot-Grün eine höhere Priorisierung

hinzu, dass der finanzielle Rahmen als limitierender Faktor den Handlungsspielraum für Veränderungen einschränke.³⁴⁵

Die größten Abweichungen zur Vorgängerregierung zeigen sich im politischen Stil, insbesondere symbolisiert durch die Persona des Ministers. Benjamin-Immanuel Hoff versteht Politik als dialogischen Kommunikationsraum und nutzt öffentliche Podien als Resonanzraum, um seine Ansätze vorzustellen, anzutesten, diskutieren zu lassen und weiterzuentwickeln. Ihm gelingt es dabei, assoziative Bezugspunkte zwischen den vielfältigen Schauplätzen der kulturpolitischen Diskussion herzustellen und rhetorische Zuspitzungen bewusst als politisches Instrument zu nutzen. Dagegen habe Christoph Matschie formal agiert, kaum die Sicherheit eines vorstrukturierten und kontrollierten Settings verlassen und sei offenen Diskussionen ausgewichen, so Tobias Knoblich.³⁴⁶ Christoph Drescher bestätigt die neue rhetorische Wirkung des Ministers und ergänzt, dass dessen Präsenz und Streben um Aufmerksamkeit die Kommunikation mit der Exekutive verändert habe. Während zuvor die Ebenen der Staatssekretäre und Abteilungsleiter filternd, selektierend und vorstrukturierend wirkten, bündelt der Minister nun Kommunikationsstränge und Aufmerksamkeit auf seine Person und interveniert frühzeitig in Austausch- und Aushandlungsprozesse.³⁴⁷ Dagegen habe es unter Christoph Matschie teilweise Intendanten Mühe bereitet, mit dem Minister einen Gesprächstermin zu vereinbaren, betont Michael Helbing.³⁴⁸ Die Befragten schätzen die im Vergleich deutlich größere Erreichbarkeit, Gesprächsbereitschaft, kommunikative Offenheit, Diskursfähigkeit und Partizipationsorientierung des Ministers³⁴⁹, wobei Eckart Lange die Schattenseite benennt: Ausführliche Kommunikationsprozesse führen seiner Wahrnehmung nach zu einem steten Aufschub von Entscheidungen.³⁵⁰ Vielfach wird jedoch bestätigt, dass aus der kommunikativen Haltung der Regierenden eine außergewöhnliche öffentliche Präsenz und Dynamik kulturpolitischer Themen resultiere.³⁵¹

Die wahrgenommene Veränderung des politischen Stils äußert sich weiterhin in der Transparenz politischer Entscheidungen: Matthias Deichstetter nimmt einen ehrlicheren Umgang mit den finanziellen Spielräumen des Landeshaushalts wahr.³⁵² Frank Hiddemann teilt die ihm auch von Beschäftigten der Staatskanzlei gespiegelte Auffassung, dass politische und Förderentscheidungen nun sehr integer verliefen, während zuvor persönliche Motive, Seilschaften und Entscheidungen ad libitum teils stilprägend gewesen seien; der Kontrast sei gewiss auch dadurch bedingt, dass unbelastete Akteure in die kulturpolitische Arena eingetreten seien.³⁵³ Den veränderten Umgang mit Informationstransparenz spricht Katja Mitteldorf an. Sie betont, dass die Ministerien die

der Fläche im Vergleich zu den urbaneren Gebieten gebe. I14_Kla: 76-78; I15_Sie: 16-20; I16_Kai: 53; I18_Gri: 64, 107; I20_Dre: 112; I21_Bru: 60; I28_Röh: 39-44.

345 | I14_Kla: 76-78.

346 | I02_Kno: 31, 35.

347 | I20_Dre: 5, 11, 31; I22_a: 53; I24_Röß-Put: 85.

348 | I29_Hel: 104.

349 | I10_Web: 28; I18_Gri: 64; I23_Löw: 26, 50, 76; I24_Röß-Put: 85; I26_Lan: 42; I28_Röh: 39-44; I29_Hel: 104.

350 | I26_Lan: 42.

351 | U. a. I02_Kno: 31; I09_Sch: 52.

352 | I04_Dei: 85-88.

353 | I05_Hid: 26, 57-59.

Vorgabe hätten, parlamentarische Anfragen der Opposition gleichwertig zu behandeln und zu beantworten.³⁵⁴

Schließlich nehmen einige Befragte eine stärkere inhaltliche Ausrichtung auf Breiten- und Soziokultur wahr³⁵⁵, wobei Frank Röhler aus der Perspektive des Landesfilmdienstes einschränkt, dass die freien Träger im ersten Regierungsjahr kaum Aufmerksamkeit und eine von der Landesregierung motivierte Kontaktaufnahme erfahren hätten.³⁵⁶ Auch Solveig Negelen nahm noch keine konkreten Umsetzungen wahr.³⁵⁷ Darüber hinaus führten die personellen Wechsel zu einer Neujustierung und Intensivierung des interministeriellen Austauschs zwischen Kultur- und Wirtschaftspolitik³⁵⁸ – in der Vergangenheit schränkten persönliche Aversionen die Zusammenarbeit ein. Obwohl die Regierenden auf eine offene Kommunikation bedacht sind, wird die im Vergleich zur Vorgängerregierung deutlichere konzeptionelle Zielvorstellung von Kulturpolitik geschätzt.³⁵⁹ In diesem Kontext ist der intellektuelle Zugang³⁶⁰ einzuordnen, der den kulturpolitischen Entscheidern im Kontrast zu ihren Vorgängern attestiert wird. Letztlich vermitteln die Regierungsvertreter einen stärkeren Willen zur Veränderung, der zumindest rhetorisch wirkt, sodass der Status quo und sensible Themen hinterfragt werden.³⁶¹ Bislang finanzieren Entscheider einige ausgewählte Vorhaben, die für sie attraktiv erscheinen und positiv konnotiert sind, um sich zu profilieren.³⁶² Diese Initiativen sind symbolisch aufgeladen, die damit verbundenen Haushaltsmittel können aber im Verhältnis zum Landeskulturetat vernachlässigt werden.

4.4.1.5 Einbindung der Akteure ins Gefüge der Kulturpolitik

Die Akteure besetzen im *policy*-Netzwerk verschieden einflussreiche Positionen.³⁶³ Wie sie sich selbst in das Gefüge der Kulturpolitik involviert fühlen, soll an dieser Stelle anhand exemplarischer Fälle betrachtet werden. Eine erste Gruppe von Befragten hält sich bewusst aus kulturpolitischen Prozessen heraus. Die Kulturinitiative Thüringen bleibt gegenwärtig dem Prozess fern und besucht keine Veranstaltungen, befindet sich aber seit ihrer aktivsten Zeit von 2008 bis 2011 auf den informatorischen Mail- und Postverteiltern der Kulturverwaltung, was zugleich die symbolische Zugehörigkeit zum Politikfeld markiert. Offenbar zählt die Staatskanzlei die Initiative mittlerweile aber nicht mehr zum engeren Kreis kulturpolitisch Handelnder, da sie von ihr keine Vorschläge mehr für Jury- und Beiratsposten erbittet, obwohl stets ein großer Kreis von Organisationen ritualisiert abgefragt werde, so André Störr.³⁶⁴ Auch die Geschäftsführerin der

354 | I06_Mit: 64.

355 | I08_Neg: 58; I19_S-O: 47-49; I24_Röß-Put: 85.

356 | I28_Röh: 39-44.

357 | I08_Neg: 58.

358 | I30_a: 82-85.

359 | I07_Mül: 47; I29_Hel: 104. Siehe z. B. das bis ins Jahr 2025 orientierte Konzeptpapier des Ministers zur Theater- und Orchesterstruktur in Thüringen.

360 | I22_a: 53.

361 | I20_Dre: 43-45; I24_Röß-Put: 85.

362 | I20_Dre: 43-45. Christoph Drescher spielt auf die kurzfristige Finanzierungszusage des Ministerpräsidenten für die Neugründung der Achava-Festspiele im Jahr 2015 und die auskömmliche Ausstattung im mittleren fünfstelligen Bereich an.

363 | Siehe die Ergebnisse der Netzwerkanalyse in Kapitel 4.6.

364 | I01_Stö: 100, 103-108.

Literarischen Gesellschaft hält sich bewusst aus Gremien und politischen Gesprächen heraus, selbst wenn ihre Meinung dadurch weniger präsent ist. Sie überlässt diese für sie anstrengende, uninteressante und nicht mit ihrer Persönlichkeit kompatible Tätigkeit dem Literaturred, dem sie – wie generell politisch Aktiven – höchsten Respekt zollt. In ihrer früheren politischen Arbeit spürte sie, dass ihre Rhetorik und ihr Vokabular nicht mit der Norm des politischen Feldes korrespondieren.³⁶⁵ Für die Stiftung Leuchtenburg spielt politisches Engagement in Gremien und im kulturpolitischen Diskurs ebenfalls eine untergeordnete Rolle, auch wenn Ulrike Kaiser unterstreicht, dass die Berufung in Gremien einer Ehre gleichkomme und den Status im Feld symbolisiere. Dennoch bevorzugt sie, ihre begrenzten Ressourcen auf den Stiftungszweck auszurichten.³⁶⁶ Diesem Ansatz folgt auch der Leiter der Thüringer Bachwochen. Er strebt keine Mandate an, da er den mit Gremien verbundenen zeitlichen Aufwand scheut und nicht leisten kann.³⁶⁷

Eine zweite Gruppe von Befragten fühlt sich kaum in die Landeskulturpolitik eingebunden: Die Architektenkammer begründet dies einerseits mit ihrer eigenen Schwäche, sich nicht öffentlichkeitswirksam als unverzichtbare Ansprechpartnerin im Feld positionieren zu können, und andererseits mit Intransparenz und mangelndem Wissen über die Ursprünge und Hintergründe kulturpolitischer Prozesse, sodass sie als peripher im Netzwerk positionierter Akteur erst final das Ergebnis von Entscheidungen auf öffentlichen Veranstaltungen oder aus der Presse erfährt.³⁶⁸ Die Mitteldeutsche Barockmusik, die drei Bundesländer zu bedienen hat, artikuliert ebenfalls selbstkritisch, dass sie mitunter die nach außen gerichtete Vertretung ihres kulturellen Nischenthemas vernachlässigt. Obwohl sie in keinem Gremium vertreten ist, pflegt sie über ihr politisch besetztes Kuratorium den Kontakt zu exekutiven Akteuren. An einer stärkeren Einbindung in Gremien ist sie zwar interessiert, fordert dies aber nicht ein, da ihr die personellen Ressourcen fehlen, um diese Aufgabe adäquat auszufüllen.³⁶⁹ Matthias Deichstetter äußert seine Unzufriedenheit, dass einzig das zuständige Referat der Staatskanzlei den regelmäßigen fachlichen und meinungsbezogenen Austausch mit dem Musikschulverband suche. Er vermisst die Einbindung in wirkmächtige kulturpolitische Gremien und Konsultationen. Vor allem in der Exekutive beobachtet er ein segmentiertes und hierarchisch nach Bedeutung kategorisiertes Denken über Sparten und Akteure. Im Gegensatz dazu verlaufe die Zusammenarbeit mit den Oppositionsparteien mühelos, jedoch beeinflusse dies kaum den *policy*-Output.³⁷⁰ Die Heinrich-Böll-Stiftung ist nur indirekt über ihre Mitglieder in Gremien vertreten. Ihre Expertise wird kaum in kulturpolitische Prozesse integriert; Kulturakteure bekunden wenig Interesse an ihr. Sie versucht daher mit eigenen Veranstaltungen Akzente zu set-

365 | I13_Lüd: 108-115.

366 | I16_Kai: 79.

367 | I20_Dre: 85-86.

368 | I03_Pet 64-66. Die Architektenkammer bedauert, dass sie weder zu den Arbeitsgruppen des Kulturkonzepts noch zu den Kulturentwicklungskonzeptionen eingeladen wurde. I19_S-O: 116. Gero Schmidt-Oberländer teilt die Kritik von Gertrudis Peters und wünscht sich – bezogen auf das Bildungsministerium – eine transparente Kommunikation darüber, welche Gremien bestehen.

369 | I15_Sie: 38-44.

370 | I04_Dei: 53-56, 64.

zen.³⁷¹ Ebenso der Kulturdirektor der Landeshauptstadt Erfurt wird kaum in die Landeskulturpolitik einbezogen, da die kommunalen Spitzenverbände bereits die Mittlerfunktion für Gebietskörperschaften ausüben. Etwas intensiver führt er Gespräche mit der Arbeitsebene der Exekutive, wenngleich er in Thüringen den strategischen und übergreifenden fachlichen kulturpolitischen Austausch wie auch die wissenschaftliche Qualität des Austauschs als ausbaufähig erachtet.³⁷²

Eine dritte Gruppe äußert sich dagegen zufrieden mit dem Niveau der politischen Involviertheit. Die Befragten beschäftigt eher, welches Maß an Einbindung sie benötigen oder leisten bzw. eingehen wollen.³⁷³ Der ehrenamtlich arbeitende Bühnenverein steuert eigeninitiativ, inwiefern er politisch aktiv wird. Sein präferiertes Vehikel sind regelmäßige Gesprächstermine, in denen das spezifische Einzelinteresse der Sparte diskutiert werden kann. Konferenzen oder größere Veranstaltungen bewertet er als unergiebig. In Gremien ist er lediglich indirekt über den Kulturrat vertreten. Ekkehard Müller bezweifelt sogar, ob Gremien die essenziellen Orte kulturpolitischer Entscheidungen sind. Seiner Meinung nach sind dort häufig zu heterogene Interessen versammelt.³⁷⁴ Der Intendant des Theaters Weimar knüpft daran an: Für ihn bestünden ausreichend Kommunikationsgelegenheiten, bei denen innerhalb seiner und über seine Sparte gesprochen werde, weswegen es für ihn keiner zusätzlichen Einbindung bedürfe.³⁷⁵ Ebenso die Stiftung Friedenstein äußert sich zufrieden. Sie gehört dem Kreis derjenigen an, die vom Exekutivorgan für Gremienmandate angefragt werden.³⁷⁶ Auch drei weitere Akteure sehen keinen Anlass zur Klage: Der Landkreistag ist in zahlreichen Gremien und landeskulturellen Abstimmungsprozessen vertreten und spricht sich regelmäßig mit der Arbeitsebene der Staatskanzlei ab.³⁷⁷ Die LAG Soziokultur ist in Gremien der Exekutive, dem Kuratorium der Kulturstiftung Thüringens und im Präsidium des Kulturrats präsent.³⁷⁸ Die Sparkassen-Kulturstiftung ergänzt durch ihr kulturpolitisches Engagement in Beiräten ihre Rolle als Geldgeberin um die der vertrauensvollen, kompetenten Ansprechpartnerin. Gerade wegen dieser Doppelrolle bestehen reziproke Erwartungen: Zum einen knüpfen politische Entscheider die Teilhabe der Stiftung an eine gewisse Förderintention, zum anderen fordert die Stiftung aber auch Teilhabe ein, wenn sie sich finanziell an Projekten beteiligt. Allgemein schätzt Michael Grisko an Gremien, dass sie Zugang zu Informationen und Kommunikationsprozessen bieten. Ein Mandat wertet er als Anerkennung für kulturpolitisches Engagement und als Kompetenzattribution.³⁷⁹ Gero Schmidt-Oberländer verbindet mit Gremientätigkeiten das Ziel, Entscheidungsprozesse zu beeinflussen – ein selbstverständliches Anliegen, das

371 | I08_Neg: 93-97.

372 | I02_Kno: 67-75. Diese Einschätzungen trifft er vor dem Hintergrund seiner beruflichen Erfahrungen in Sachsen.

373 | I12_Ebe: 112-118.

374 | I07_Mül: 63, 73.

375 | I10_Web: 53-56.

376 | I12_Ebe: 112-118.

377 | I14_Kla: 115-118.

378 | I24_Röß-Put: 117-119, 121-125.

379 | I18_Gri: 24, 44. I05_Hid: 26. Frank Hiddemann bestätigt aus seiner vielfältigen Gremientätigkeit in Beiräten und dem Kuratorium der Kulturstiftung, dass Gremien einen wertvollen Zugang zu Informationen und Kommunikationsprozessen bieten.

jedoch außer ihm niemand expliziert. Er war bzw. ist in seiner Doppelfunktion als Verbandsvertreter und Hochschulprofessor sowohl in diversen Verbandsstrukturen als auch in bildungsbezogenen Landesgremien involviert.³⁸⁰

Zweifellos schränken die personellen und finanziellen Voraussetzungen, die notwendig sind, um Gremienmandate wahrnehmen zu können, den Kreis der partizipierenden Akteure ein und hindern Akteure daran, sich um Gremientätigkeiten zu bemühen.³⁸¹ Ein weiterer selbstbezogener Hinderungsgrund trifft auf Dirk Schütz zu: Er möchte Interessenkonflikte vermeiden und jedem Zweifel an seiner Unabhängigkeit zuvorkommen.³⁸² Einige Befragte artikulieren indes den Wunsch nach größerer struktureller Einbindung in kulturpolitische Entscheidungsprozesse, und zwar ungeachtet dessen, ob ein unmittelbarer politischer und administrativer Handlungsdruck für die Staatskanzlei vorliegt.³⁸³ Akteure, die im *policy*-Netzwerk durch ihre Stellung oder ihr Fördervolumen herausgehoben sind, vermitteln dagegen implizit und in wenigen Fällen explizit, dass sie stärker einbezogen würden, so sie dies möchten und einfordern würden – teils sind dies Akteure, die in außerthüringischen oder Bundesgremien vertreten sind, was einer besonderen fachlichen und statusbezogenen Auszeichnung gleichkommt.³⁸⁴ Resümierend ist deutlich zu erkennen, dass in Thüringen die kulturpolitische Einbindung eine Frage des Status, der Ressourcen, des Wollens und der Beharrlichkeit ist. Das *policy*-Netzwerk teilt sich wie folgt auf: in a) bewusst und b) ressourcenbegründet Teilhabeablehnende, in c) kaum beachtete Teilhabewillige, in d) zu wenig über die Ursprünge und Hintergründe politischer Prozesse wissende Teilhabewillige und in e) Teilhabezufriedene.

4.4.1.6 Kulturpolitische Akteure am Tropf der öffentlichen Hand

In der Kulturpolitik ist die Abhängigkeit von öffentlichen Fördergeldern ubiquitär. Aufschlussreich ist, aus welchen Quellen Akteure ihre Tätigkeit finanzieren und ob bzw. inwiefern sie daraus einen Konflikt erwachsen sehen. Vorab sei erwähnt: Jede Akteursgruppe verfügt über ein spezifisches Set an Finanzierungsquellen, das sich über die Jahre nur marginal verändert. Einige Befragte beziehen keine öffentliche Förderung und stehen somit in keiner finanziellen Abhängigkeit. Die Kulturinitiative möchte unabhängig bleiben und bemüht sich daher nicht um Fördermittel. Sie konzipiert ihre Aktivitäten weitestgehend, ohne dass ihr Kosten entstehen. Dies erreicht sie einnahmeseitig vorwiegend über Spenden und refinanzierende Tagungsbeiträge und ausgabeseitig über organisatorische Unterstützung, die sie in ihrem Netzwerk erbittet, und kreative Kostenvermeidung wie z. B. den Werbedruck auf Verschnittstreifen.³⁸⁵ Der Bühnenver-

380 | I19_S-O: 104, 106, 114.

381 | I08_Neg: 93-97; I09_Sch: 80; I15_Sie: 44; I16_Kai: 79; I20_Dre: 85-86.

382 | I09_Sch: 80.

383 | I02_Kno: 75. Die Kulturdirektion Erfurt erhofft sich eine intensivere kulturpolitische Korrespondenz zwischen Landes- und kommunaler Ebene – insbesondere mit den größeren Kommunen. I04_Dei: 57-58; I11_Fit: 104-111; I15_Sie: 44; I18_Gri: 44; I19_S-O: 114.

384 | I09_Sch: 82; I10_Web: 53-56; I12_Ebe: 112-118. I20_Dre: 85-86. Christoph Drescher schränkt bezüglich der Einbeziehung ein, dass dies für ihn zumindest für den kulturpolitischen Diskurs gelte.

385 | I01_Stö: 141-150.

ein hat als ehrenamtliche Struktur keine Personalkosten zu tragen und ist daher, wie er formuliert, im Gegensatz zu vielen Verbänden unabhängig von Steuergeldern. Seine Mitgliedsbeiträge nutzt er für Projekte. Seine Aufwendungen sind aber gering, da er sich vorwiegend als Kommunikationsplattform versteht.³⁸⁶ Kultur- und kreativwirtschaftliche Akteure wie das Kulturmanagement Network müssen sich eigenwirtschaftlich tragen, während des Gründungsprozesses unter Umständen begleitet von einem Existenzförderprogramm.³⁸⁷ Gewerkschaften sind in der Regel beitragsfinanziert. Jörg Löwer beschreibt, dass seine Künstlergewerkschaft überdies geringfügige, aber sukzessive zurückgehende Erlöse über die Herausgabe des Bühnenjahrbuchs erziele. Das jährliche Budget der GDBA reiche, um in der Bundesgeschäftsstelle sieben Personen für die Erfüllung gewerkschaftlicher Aufgaben zu beschäftigen; auf der Landesebene bestünden dagegen lediglich ehrenamtliche Strukturen.³⁸⁸

Der Großteil der landesweit tätigen Vereine bedient sich vielfältiger finanzieller Quellen, die bisweilen in verschiedenen Politikfeldern entspringen, aber – bezogen auf die Landesministerien – verlässlich fließen. Der kooperative Kulturföderalismus begünstigt eine Ausdifferenzierung, sodass kommunale, Landes-, gelegentlich Bundes- und vereinzelt EU-Mittel eingeworben werden.³⁸⁹ In der Vergangenheit beantragte der Heimatbund seine Projekte teilweise bei der EU, nahm aber davon Abstand, da er für den hohen Antragsaufwand kein Personal mehr vorhalten und keine Vorleistungen aus Eigenmitteln mehr erbringen konnte.³⁹⁰ Die meisten professionalisierten Verbände sind auf die Personalförderung und die Förderprogramme des Landes angewiesen, um administrative und aktivitätsorientierte Verbandsaufgaben erfüllen zu können. Die Beiträge der Mitglieder bieten häufig einen Grundsockel für kleinere Projekte, reichen aber nur selten, um handlungsfähig zu sein, den Vereinszweck zu realisieren und Personal zu beschäftigen.³⁹¹ Ergänzend werden schwankend Spenden, Stiftungsförderungen und Lottomittel sowie sporadisch Sponsoringmittel und Preisgelder generiert. Die Etablierung einer Sponsoringpartnerschaft gestaltet sich in Thüringen wie auch generell in den ostdeutschen Bundesländern als mühsam, da im Gegensatz zu den alten Bundesländern keine Struktur von wohlhabenden Mittelständlern und Großunternehmen besteht. Außerdem nähmen in Thüringen Unternehmen den Kulturbereich als öffentliche Aufgabe wahr und seien daher kaum geneigt, sich dafür zu engagieren, so Christoph Drescher. Vereinzelt wie im Fall der Literarischen Gesellschaft unterstützen Mäzene symbolisch und monetär die Aktivitäten. Weiterhin ist das Netzwerk an Kooperationspartnern nicht zu vernachlässigen. Darauf wird zurückgegriffen, damit Projekte eine größere Wirkung und Dauerhaftigkeit entfalten. Ebenso ist das ehrenamtliche Engagement unentbehrlich. Es fließe häufig als nicht-monetärer Eigenanteil in kulturelle Projekte ein, da die zumeist erfüllende Arbeit im Kultursektor zur Selbstauss-

386 | I07_Mül: 79, 83.

387 | I09_Sch: 18.

388 | I23_Löw: 42, 66.

389 | I11_Fit: 16-18, 46. Thomas Fitzke umschreibt die Landesförderung seiner Geschäftsstelle als quasi-institutionelle Festfinanzierung. I13_Lüd: 68; I15_Sie: 28, 52-54; I24_Röß-Put: 22-24; I28_Röh: 12.

390 | I11_Fit: 36.

391 | I04_Dei: 22. Dem Musikschulverband gelingt es, über Mitgliedsbeiträge und quotierte Rückläufe seines Bundesverbands eine – wenn auch gering vergütete – Geschäftsführerstelle zu finanzieren. I11_Fit: 20; I13_Lüd: 70; I24_Röß-Put: 75-81.

beutung verleite, wie Sigrun Lüdde berichtet. Mitunter bereichern wirtschaftliche Tätigkeiten wie z. B. das gastronomische Angebot soziokultureller Einrichtungen oder die Vergütung des Filmverleihs wie im Fall des Landesfilmdienstes die Einnahmebasis.³⁹²

Privilegiert sind Akteure, die auf der Basis einer Festbetragsfinanzierung planen können. Aus dem Kreis der Befragten stehen die Stiftung Friedenstein, das Theater Weimar, die Thüringer Bachwochen und die Mitteldeutsche Barockmusik auf der institutionellen Förderliste des Landes. Die Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken und die Staatsarchive arbeiten mit festen Zuschüssen, sind jedoch unmittelbar der Staatskanzlei unterstellt. Der Landkreistag wirtschaftet mit einer festgelegten Umlage der Landkreise und erhält einen niedrigen sechsstelligen Landeszuschuss, um kommunale Beschäftigte fortzubilden.³⁹³

Fünf spezifische Fälle weichen von den in der Kulturpolitik üblichen Finanzierungsmodellen ab: Die Architektenkammer ist als berufsständische Körperschaft des öffentlichen Rechts zumeist von Förderprogrammen ausgeschlossen, finanziert sich daher größtenteils über Mitgliedsbeiträge und gelegentlich über Lottomittel. Die eigene Stiftung dient ihr bisweilen als rechtlicher Behelf, über den Fördergelder eingeworben werden.³⁹⁴ Die Heinrich-Böll-Stiftung ähnelt in ihrer strukturellen Aufstellung einem landesweit tätigen Verband, bezieht aber eine für parteipolitische Stiftungen quotierte institutionelle Förderung vom Bund und Land; kein Kulturverband im engeren Sinne erhält eine solche formale institutionelle Zuwendung.³⁹⁵ Der Verein der Thüringer Bachwochen transferiert seine institutionelle Landesförderung an eine Agentur, die er damit beauftragt, das gleichnamige jährliche Festival zu organisieren. Durch diese Konstruktion kann der Verein das verfügbare Budget effizienter einsetzen und Kosten für festangestelltes Personal vermeiden – sozial grenzwertige Beschäftigungsverhältnisse bei der Agentur sind die Folge. Das Festival besitzt eine starke überregionale und touristische Fokussierung und erzielt eine für das Thüringer Kulturangebot ungewöhnlich hohe Refinanzierungsquote: Die Erlöse aus dem Ticketverkauf entsprechen den Landeszuwendungen.³⁹⁶ Die Sparkassen-Kulturstiftung wird vom Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen dotiert und kann je nach Zinsniveau und Ertragslage insgesamt ein jährliches Fördervolumen von 3 Mio. Euro in beiden Bundesländern verteilen.³⁹⁷ Die Stiftung Leuchtenburg gründete sich aus einer privaten Initiative heraus und steht symbolisch für den paradigmatischen Widerspruch von Kultur- und Wirtschaftspolitik. Sie erhielt eine Wirtschaftsförderung des Landes, was unter Kulturakteuren eine ablehnende Haltung evozierte. Zugleich äußerten Wirtschaftsvertreter, die grundsätzlich an der wirtschaftlichen Kompetenz von Kulturakteuren zweifeln, ihre Skepsis. Im Förderbescheid des Wirtschaftsministeriums stand der bezeichnende Passus, dass Burgen, Museen und Denkmalpflege von einer Förderung ausgeschlossen

392 | I11_Fit: 16-18; I13_Lüd: 10, 12, 14, 62, 70. Die Literarische Gesellschaft ist eine der wenigen Landesverbände, die sich erfolgreich um Sponsoringeinnahmen aus der Wirtschaft bemüht. In Kooperation mit ThüringenGas initiierte sie den Thüringer Literaturpreis. I15_Sie: 28, 32, 36, 52-54; I20_Dre: 102; I24_Röß-Put: 75-81; I28_Röh: 12.

393 | I14_Kla: 128-131.

394 | I03_Pet: 36, 83-86.

395 | I08_Neg: 107-111, 114-115.

396 | I20_Dre: 1, 7, 43, 47.

397 | I18_Gri: 17-21.

sind, wodurch eine argumentative Umdeutung – oder musisch ausgedrückt: enharmonische Verwechslung –, ergo die Betonung der touristischen und wirtschaftlichen Effekte, notwendig war. Die nicht förderfähigen Kosten und aufzubringenden Eigenmittel lasten in Form eines Millionenkredits auf der Stiftung. Dieser Betrag muss eigenwirtschaftlich refinanziert werden. Die Staatskanzlei unterstützt den Kulturbetrieb mit einer institutionellen Förderung von jährlich 51.000 Euro – natürlich ausschließlich den Museumsbereich –, der Landkreis trägt jährlich eine niedrige fünfstellige Summe bei.³⁹⁸

Die Ausführungen zeigen, dass Kulturakteure – bis auf wenige Ausnahmen – auf die öffentliche Hand angewiesen sind. Christoph Matschie räumt ein, dass die Personalförderung des Landes Abhängigkeiten schaffe. Ohne professionalisierte Strukturen würden jedoch das Kulturangebot, der kulturpolitische Diskurs und das bürgerschaftliche Engagement leiden. In seiner Amtszeit sah er keine Anzeichen dafür, dass Akteure mit Kritik gespart hätten.³⁹⁹ Im Gegensatz zum ehemaligen Kultusminister beobachtet Katja Mitteldorf, dass kulturpolitische Akteure die faktische finanzielle Abhängigkeit als reale Bedrohung konstruieren und sich aus Angst vor monetären Sanktionen zurückhaltend verhalten. Sie empfindet diese Angst als unbegründet; andernfalls wären in der Regierung und den Ministerien personelle Konsequenzen zu ziehen.⁴⁰⁰ Die Geschäftsführerin der Architektenkammer würde gerne die Situation einer stärkeren finanziellen Abhängigkeit erproben, da durch ihre geringen finanziellen Möglichkeiten ihre politische Wirksamkeit bescheiden sei.⁴⁰¹ Die LAG Soziokultur gibt zu bedenken, dass sie die Auswirkungen der finanziellen Abhängigkeit bereits zeitverzögert zu spüren bekommen habe, und empfiehlt Akteuren eine feinfühlige, zurückhaltende Kritik, damit sich Exekutivvertreter nicht angegriffen fühlten. Sie selbst tritt nach eigener Aussage häufig zu vorsichtig auf, obwohl intern vorläufig vereinbart wurde, Probleme offen anzusprechen.⁴⁰² Jörg Löwer meint, dass in der Kulturpolitik generell vorsichtig agiert werde, und erinnert daran, dass beispielsweise auch der Intendant eines Theaters vom Träger eingesetzt werde.⁴⁰³ Der Intendant des DNT Weimar erkennt darin keinen Konflikt, da sein Theaterbetrieb zum einen eigenständig künstlerische und administrative Entscheidungen trifft und zum anderen eine öffentliche Wirkung entfaltet, die die bezogen auf den Landeshaushalt vergleichsweise geringen Fördersummen vollkommen rechtfertigt.⁴⁰⁴ Christina Siegfried beantragt für ihre Projekte Gelder bei ihrem eigenen politisch besetzten Kuratorium und beschreibt, dass sie anfangs einen Konflikt wahrgenommen habe, der aber der Gewöhnung und der Überzeugung von der Qualität ihrer Projekte gewichen sei.⁴⁰⁵ Diese Aussage deckt sich mit der allgemeinen Beobachtung, dass der dem kulturpolitischen Feld inhärente Rollenkonflikt zwischen

398 | I16_Kai: 6, 20, 53, 67, 83.

399 | I25_Mat: 46-47.

400 | I06_Mit: 82; I11_Fit: 91-93. Dennoch verwundert, dass die Thüringer Tourismus GmbH, deren Gesellschafteranteile vollständig im Besitz des Landes sind, aus strategischen Gründen ein Interview für die vorliegende Arbeit ablehnte. Thomas Fitzke vermutet, dass die finanzielle Abhängigkeit ein Grund gewesen sei.

401 | I03_Pet: 87-90.

402 | I24_Röß-Put: 144-153.

403 | I23_Löw: 86.

404 | I10_Web: 58.

405 | I15_Sie: 51-52.

Geldgebern und -nehmern zu einer unbewussten Normalisierung des Kritikverhaltens auf einem zurückhaltenden, widerspruchsaversen Niveau geführt hat.

Gero Schmidt-Oberländer vermutet, dass sein Musikunterrichtsverband Mittel aus anderen Quellen generieren könnte, sodass er für seinen Verband das Argument der vorbeugenden moderateren Kritik nicht gelten lässt. Er meint außerdem, dass das *policy*-Netzwerk Verständnis für die differierenden Funktionen von Interessenvertretungen und politischen Entscheidern aufbringen sollte, sodass konstruktive Kritik die Normalität darstellen sollte.⁴⁰⁶ Die Annahme, dass gewiss ein Interessenskonflikt strukturell angelegt ist, aber konstruktive Argumente im Rahmen eines offenen Diskurses erwünscht sind und keine Sanktionen zur Folge haben sollten, teilen auch weitere Befragte. Der Musikschulverband betont, dass er seine Kritik an politische Entscheider adressiere, nicht an die Ministerialbürokratie, mit der er im intensiven Austausch stehe und die über all seine Initiativen unterrichtet werde.⁴⁰⁷ Abschließend sei hervorgehoben, dass über die Kulturförderung kein direkter Einfluss auf künstlerische Inhalte ausgeübt wird⁴⁰⁸, auch wenn die verfügbaren Fördertöpfe indirekt zu einer Anpassung von Projektideen führen, da ohne Förderung der öffentlichen Hand viele Projekte nicht realisiert werden können.⁴⁰⁹

4.4.2 Wahrnehmung der Handlungsoptionen

Anknüpfend an die Ausführungen über die Wahrnehmung der Handlungssituation verbleibt die Frage, wie erfolgsversprechend die Befragten ihre Interventionen einschätzen, um Inhalte im Politikfeld voranzubringen und umzusetzen. Bevor darauf eingegangen wird, stehen die Ansätze im Mittelpunkt, mit denen die Befragten die von ihnen wahrgenommenen Probleme der Kulturpolitik zu lösen erhoffen. Kritik an der kulturpolitischen Praxis gibt es reichlich. In welcher Stärke sie artikuliert wird, hängt von der Stellung im *policy*-Netzwerk und der damit verbundenen Perspektive auf das Politikfeld ab: Je zentraler die Stellung, umso inkorporierter ist die Systemlogik des Bewahrens und des Status quo-Denkens. Hebelpunkte für Lösungen kulturpolitischer Probleme werden in der Kulturfinanzierung und in der prozessualen, organisatorischen Dimension von Kulturpolitik lokalisiert, nur punktuell wird eine Neuausrichtung des gesamten Politikfelds und der kulturell-künstlerischen Produktion und Distribution vorgeschlagen.⁴¹⁰

Die Erhöhung des Kulturretats ist die bequemste Lösung, die zugleich zum unumstrittenen und unhinterfragten Grundkonsens des Politikfelds gehört. In der 5. Legislatur gelang es Christoph Matschie, die zuvor kontroverse öffentliche Debatte um die Entwicklung der Kulturinfrastruktur durch erhebliche Aufwüchse im Kulturhaushalt einzuhegen und zu befrieden. Zudem federte das neuartige partizipative Momentum des Kulturkonzepts und des Kulturforums die Debatte ab und verlagerte sie aus der

406 | I19_S-O: 138-140.

407 | I04_Dei: 74; I11_Fit: 121; I26_Lan: 98-99.

408 | I05_Hid: 103.

409 | I28_Röh: 98-99.

410 | Die einzigen Vorschläge verweisen auf eine stärkere Nachfrageorientierung des kulturellen Angebots und die Digitalisierung, um Kulturprodukte wie Musik und Ausstellungen für neue Zielgruppen aufzubereiten und ortsungebunden zugänglich zu machen. I07_Mül: 41; I08_Neg: 25.

öffentlichen Wahrnehmung auf einen quasi-geschützten feldinternen Raum.⁴¹¹ Bezogen auf die kommunale Ebene rät Jörg Kellner, die Gebietskörperschaften mithilfe des Kommunalen Finanzausgleichs besser auszustatten, um einem Abbau der Kulturinfrastruktur vorzubeugen. Diesen Rat stützt er auf seine Erfahrung, wonach auf der kommunalen Ebene politische Entscheider wie auch Bürger mehrheitlich die freiwillige Aufgabe Kultur nachrangig gegenüber unvermittelt spürbaren Problemen wie z. B. Straßenschäden gewichteten.⁴¹² Die Steigerung des Fördervolumens steht ebenfalls im Mittelpunkt folgender Vorschläge: Die Kulturinitiative empfiehlt, dass zum einen ein Prozent des Gewinns der Thüringer Lottogesellschaft der landeseigenen Kulturstiftung zugutekommen und dass zum anderen das Land dem personalintensiven Kulturbetrieb an die Inflationsrate gebundene Aufwüchse gewähren sollte, um den Handlungsspielraum von Kultureinrichtungen zumindest zu stabilisieren.⁴¹³ Matthias Deichstetter argumentiert angesichts des hohen Personalkostenanteils am Budget der Verbände, dass das Land jeweils pauschal eine Geschäftsführer- und Projektmanagerstelle finanzieren sollte. Verbände könnten dann ihre Mitgliedsbeiträge eigenverantwortlich für Projekte und Initiativen einsetzen.⁴¹⁴ In eine ähnliche Richtung stößt der im Kontext der Theaterstrukturdebatte aufgekommene und von Ekkehard Müller befürwortete Vorschlag, das Theaterpersonal in den tariflich abgesicherten Landesdienst zu überführen, wogegen die kommunalen Träger im Anschluss an ein Landesinvestitionsprogramm die Kulturimmobilie verantworten sollen.⁴¹⁵

Weitere Ansätze orientieren sich an einer Neustrukturierung innerhalb des gegebenen Finanzrahmens: Die Projektförderung mit quasi-institutioneller Handhabung sollte laut Thomas Fitzke in eine Festbetragsfinanzierung umgewandelt werden, um den bürokratischen Aufwand für Geber und Empfänger zu minimieren.⁴¹⁶ André Störr plädiert dafür, die jährlich feststehenden Antragsfristen zugunsten häufiger Annahmefristen aufzuweichen, um die Entstehung und Realisierung von Projektideen von zeitlich vorstrukturierenden Verwaltungsvorgängen zu entkoppeln. Weiterhin wird unter der Annahme knapper werdender Mittel angeregt, die gegenwärtig praktizierte verschwenderische, versickernde und lediglich existenzhaltende Gießkannen-Minimalförderung durch die Konzentration und Priorisierung von Ressourcen auf wenige, dafür aber auskömmlich finanzierte Kulturakteure zu ersetzen. Das Land würde sich auf hohe Fördersummen beschränken und Kleinstförderbeträge der kommunalen Ebene oder der Selbstorganisationskraft der Kulturschaffenden überlassen. Diesem Ansatz wohnt das Aufhören inne. Er steht somit tradierten Handlungsmustern entgegen und erfordert, dass das Land erstens Ziele definiert und Schwerpunkte mit den Akteursgruppen aushandelt und dass es zweitens die Konsequenzen von Entscheidungen aushält; kurzum: Es würde zwangsläufig Förderungen oder Weiterförderungen verwehren müssen.⁴¹⁷ Hasko Weber schließt sich der Kritik an der Gießkannenförderung an und präferiert eine spezifisch auf Kulturakteure zugeschnittene Förderung, die darauf beruht, flächendeckend Kreative und Gruppen ausfindig zu machen und

411 | I01_Stö: 94-96.

412 | I17_Kel: 27.

413 | I01_Stö: 54, 136-140.

414 | I04_Dei: 22.

415 | I07_Mül: 36-39.

416 | I11_Fit: 127.

417 | I01_Stö: 136-140, 170; I02_Kno: 39, 94; I11_Fit: 60; I28_Röh: 22.

auf deren Bedarfe und Bedürfnisse einzugehen.⁴¹⁸ Frank Hiddemann schlägt vor, die Quantität von Einrichtungen in Trägerschaft des Landes und der Gebietskörperschaften zu reduzieren und die finanziellen Mittel in die freie Szene umzuleiten, da seiner Meinung nach dort die Orte einer dynamischen Kulturentwicklung vorzufinden sind und zusätzliche Gelder die Akteure in die Lage versetzen würden, die talentiertesten und qualifiziertesten Kulturschaffenden zu beschäftigen.⁴¹⁹ Die freie Kulturszene ist ebenfalls für Dirk Schütz ein verstärkt zu fördernder Experimentierraum, der unkonventionelle und neuartige Ausdrucksformen und Formate hervorbringt. Im Sinne des Ansatzes des Aufhörens befürwortet er ein stufenweises Vorgehen: Nach einer dreijährigen Probephase soll das, was sich bewährt hat, noch intensiver gefördert werden, wogegen die restlichen, wieder frei werdenden Mittel in neue Initiativen fließen.⁴²⁰ Um die Vitalität und die kontinuierliche Selbstreflexion des Organisationshandelns hoch zu halten und Neues entstehen zu lassen, unterstützt Frank Röhrer die Idee der selbstorganisierten Refinanzierung. Demnach soll das Land eine Sockelfinanzierung für den basalen Betrieb – Verwaltung, Raum, Technik usw. – bereitstellen; die Einrichtungen müssten eigeninitiativ aus den vielfältigen privaten, gemeinnützig orientierten und staatlichen Fördertöpfen Mittel für ihre satzungsgemäße Arbeit einwerben.⁴²¹ Angelehnt an das sächsische Kulturraumgesetz umreißt Ekkehard Müller seine Vorstellungen einer gerechteren Lastenverteilung, die er mit dem Prinzip der Umlandfinanzierung beschreibt. Dieses sieht vor, dass sich die umliegenden Gebietskörperschaften an der Finanzierung der auch deren Bürgern vorgehaltenen Kulturinfrastruktur beteiligen.⁴²² Benjamin-Immanuel Hoff untersetzt diesen Gedanken mit dem Begriff des Verflechtungsraums. Neben der gemeinsamen Kulturförderung rekurriert der Begriff auf die konzertierte strategische Planung des Kulturangebots und den wechselseitigen Austausch von künstlerisch-kulturellen Angeboten. Darüber hinaus sieht Hoff mehrjährige Zuwendungsverträge als Hebel der Landespolitik, um gestaltend Einfluss auf die Kulturinfrastruktur auszuüben.⁴²³ Die Anreizfunktion von Fördermitteln sieht auch Ekkehard Müller, der den Prozess des kulturpolitischen Wandels als stufenweises Vorgehen skizziert: Die öffentliche Hand sollte die Pioniere des Wandels fördern und die *First Follower* belohnen, um die großen, zumeist behäbigen Einrichtungen herauszufordern und zu Veränderungen zu ermuntern.⁴²⁴

Vorschläge für die prozessuale, organisatorische Dimension von Kulturpolitik beziehen sich auf die Koordination und Kommunikation im Politikfeld. Einige Befragte heben hervor, dass Kulturpolitik partizipativ mit allen Anspruchsgruppen Tradiertes zu hinterfragen, langfristige Ziele, Förderschwerpunkte und ein strategisches Vorgehen zu entwickeln und daraus mitunter unangenehme, aber zu begründende und nicht einzig finanzpolitisch motivierte Entscheidungen abzuleiten habe.⁴²⁵ Die Erstellung des im Koalitionsvertrag der rot-rot-grünen Regierung angedachten Kulturgesetzes bietet sich für André Störr als öffentliche und parlamentarische Rahmung an,

418 | I10_Web: 40.

419 | I05_Hid: 61.

420 | I09_Sch: 98.

421 | I28_Röh: 22.

422 | I07_Mül: 36-39.

423 | I27_Hoff: 12, 37, 43-45.

424 | I07_Mül: 59.

425 | I01_Stö: 136-140, 170; I02_Kno: 98; I04_Dei: 92; I06_Mit: 98; I11_Fit: 60.

um Kulturpolitik erstens aus dem exekutivlastigen Bearbeitungsmodus und der *Black Box* Verwaltung herauszuheben, zweitens eingeübte und internalisierte Verhaltensweisen und Prozesse der Kulturverwaltung zu hinterfragen, drittens über die öffentliche Aufmerksamkeit, den argumentativen Wettstreit von Opposition und Regierung sowie über Anhörungen auch mit außerthüringischen Akteuren eine gesellschaftliche Verständigung über kulturpolitische Ziele herbeizuführen und letztlich viertens die Aufgaben und Befugnisse des Staates in einem Gesetz zu explizieren.⁴²⁶ Um die Omnipräsenz des Tradierten und somit Pfadabhängigkeiten im kulturpolitischen Handeln aufzubrechen, regt Tobias Knoblich an, territoriale Zuschnitte der Gebietskörperschaften und der Bespielorte von Kulturakteuren bewusst so zu verändern, dass tradierte Deutungsräume und Kommunikationsmuster ihre Gültigkeit verlieren und Strukturen sich anpassen müssen.⁴²⁷ Bezogen auf alle Akteure des kulturpolitischen Feldes äußert Katja Mitteldorf, dass es für alle Anspruchsgruppen des Politikfelds wesentlich sein solle, kulturelle und künstlerische Impulse und Strömungen bottom-up organisch entstehen zu lassen und aufzunehmen, statt top-down ein tradiertes Förderraster und Spartenschema überzustülpen.⁴²⁸

Insgesamt wird die kontinuierliche Kommunikation und Kooperation zwischen und mit allen Akteursgruppen als entscheidender Hebel zur Lösung kulturpolitischer Probleme verstanden. Hasko Weber spricht sich gegen eine Kirchturmpolitik aus, die zur langsamen und latenten Aushöhlung der bestehenden Strukturen führe. Er plädiert daher für die gemeinschaftliche Betrachtung und Bewältigung von Problemen. Thomas Fitzke ergänzt, dass ein offener und transparenter Austausch über Kompetenzen und Themenfoki der Akteure dienlich wäre, um Fördermittel gerechter zu verteilen und effizienter und effektiver zu nutzen.⁴²⁹ Einige Befragte tendieren zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle. Diese soll erstens als Austauschplattform fungieren, wo sich regelmäßig alle Akteursgruppen, ebenso Akteure mit einem weiten Kulturbegriff sowie kulturferne Akteure versammeln. Zweitens soll sie eine Beratungsfunktion ausüben,

426 | I01_Stö: 42-52. Jörg Kellner äußert sich dagegen verhalten zum Kulturgesetz. Ohne auf den Erstellungsprozess einzugehen, fokussiert er den policy-Output, der möglicherweise die Rahmenbedingungen für kulturelles Schaffen konturieren könnte, allerdings die von Kellner vernommene Erwartungshaltung, dass alle kulturellen Belange geregelt und finanziert werden würden, enttäuschen wird. I17_Kel: 16.

427 | I02_Kno: 39-41. Tobias Knoblich rekurriert mit seinem Vorschlag auf die unter Rot-Rot-Grün geplante Gemeinde- und Verwaltungsreform. Weiterhin empfiehlt er als Beispiel für das Herausbrechen aus tradierten Räumen die Fusion der Theater Erfurt und Weimar. Auch wenn die Fusion bislang nicht gelang, steht auch Ekkehard Müller als Vertreter des Bühnenvereins einer Holding offen gegenüber. I07_Mül: 47.

428 | I06_Mit: 10.

429 | I04_Dei: 92; I07_Mül: 47; I09_Sch: 48, 90; I10_Web: 56, 68. Obwohl Hasko Weber die Wichtigkeit einer regelmäßigen Austauschplattform, die kommunale Vertreter bzw. Träger von Kultureinrichtungen, Kulturschaffende und Landesvertreter versammelt, hervorhebt, bezieht sich sein Vorschlag auf eine Intendanten-Träger-Konferenz im abgesteckten Bereich der Theater und Orchester. I11_Fit: 119; I12_Ebe: 91; I17_Kel: 12. Jörg Kellner lehnt top-down-diktierte Kooperationen ab, befürwortet aber freiwillige Austauschprozesse. I27_Hoff: 37.

d.h. zum einen über Förderprogramme der verschiedenen Sektoren von der kommunalen bis zur europäischen Ebene informieren und die Antragsstellung unterstützend begleiten und zum anderen in Abgrenzung zu den Partikularinteressen von Verbänden die Funktion einer unabhängigen und die politischen Entscheider beratenden Kompetenzstelle übernehmen.⁴³⁰ Katja Mitteldorf rückt die Verbände künftig stärker in eine Dienstleistungsrolle für ihre Mitglieder und Kultursparte. Sie könnten umfassend bürokratische und netzwerkbildende Tätigkeiten übernehmen, um Kulturschaffenden Freiräume für die eigentliche künstlerisch-kulturelle Arbeit zu verschaffen.⁴³¹ Benjamin-Immanuel Hoff überträgt diesen Ansatz auf landesfinanzierte, überregional wirkende Einrichtungen, die in ihrer Region eine Dienstleistungs-, Bündelungs- und Ankerfunktion für lokale Kulturakteure ausüben sollen.⁴³² Grundsätzlich lassen sich die auf Kommunikation und Kooperation ausgerichteten Ansätze auch als Wunsch nach Perspektivvielfalt deuten, was besonders Matthias Deichstetter und Dirk Schütz bekräftigen. Sie erleben es als Bereicherung, wenn Kulturakteure die Perspektiven des Künstlers, der Kulturverwaltung und des Kulturpolitikers erfahren haben und in ihre Entscheidungen zu integrieren vermögen.⁴³³ Interessanterweise fehlt, wie größtenteils im Wahrnehmungsfeld kulturpolitischer Akteure, der Bezug auf die Nutzer kultureller Angebote.

Weitere prozessuale, organisatorische Vorschläge fordern politische Entscheider auf, erstens kulturelle Tätigkeiten verbal anzuerkennen und wertzuschätzen, zweitens bürokratische und rechtliche Hemmnisse, die kulturelles Schaffen behindern, abzubauen, drittens Entscheidungs- und Kommunikationsprozesse transparent zu machen – wie z. B. die Vergabe von Fördermitteln, die Funktionsweise von Gremien und die beteiligten Akteure –, viertens selbstreferenzielle, das Tradierte reproduzierende Strukturen mit Einfluss und Posten kumulierenden Personen aufzulösen und fünftens ressortübergreifend zu denken, zu handeln und Synergien zu nutzen, ergo beispielsweise die Trennung zwischen der Kulturabteilung in der Staatskanzlei, dem Kulturtourismus und der Kultur- und Kreativwirtschaft im Wirtschaftsministerium und den bildungsbezogenen Ressorts im Bildungsministerium zu überwinden.⁴³⁴ Tobias Knoblich ermuntert letztlich die Verwaltung dazu, stärker die Scharnierfunktion zwischen politischen Entscheidern und Kulturakteuren auszufüllen, eigene Ideen zu formulieren und Konzepte zu erarbeiten, die der politischen Ebene als Grundlage dienen, um strategische Entscheidungen treffen zu können. Für neue Impulse und eine größere gedankliche Flexibilität empfindet er Hospitationen in anderen Kulturbereichen, Bundesländern oder Ländern bedenkenswert, um unvertraute Problemlösungsmechanismen, Gesetze und Rahmenbedingungen zu erfahren.⁴³⁵

Zusammenfassend haben die angeführten Vorschläge überwiegend den Charakter von inkrementellen, systemimmanenten Problemlösungsstrategien. Die teils konfligierenden Impulse zielen auf finanzielle Reichweitenvergrößerung, strategische Zielaushandlung und -orientierung, Mittelkonzentration, Gerechtigkeit, Synergien,

430 | I08_Neg: 99-101, 139; I09_Sch: 10, 48, 90.

431 | I06_Mit: 82.

432 | I27_Hoff: 8-10. Benjamin-Immanuel Hoff nennt ein Orchester, das als Partner für Musikschulen in der Region fungieren könnte.

433 | I04_Dei: 40; I09_Sch: 38.

434 | I06_Mit: 10, 84; I09_Sch: 14, 48, 84; I11_Fit: 60; I27_Hoff: 73.

435 | I02_Kno: 27-29, 79.

Perspektivvielfalt, Heterogenität und Entformalisierung zugunsten des Primats des künstlerisch-kreativen Schaffens. Wenn legislative und exekutive Akteure ihre eigenen Handlungsoptionen bewerten sollen, äußern sich erwartungsgemäß Regierungsvertreter optimistischer als Oppositionsvertreter, die die Mehrheitsverhältnisse akzeptieren müssten, so Jörg Kellner. Chancen sieht er darin, Bündnisse einzugehen und öffentlichen Druck aufzubauen, um einen Keil zwischen die Abgeordneten der Koalition und die Exekutive zu treiben. Dass diese Strategie erfolgsversprechend sein kann, belegt Katja Mitteldorf: Sie hebt zwar die Vorzüge der Regierungsarbeit hervor, Themen effizienter und effektiver setzen und behandeln zu können, dennoch ringen innerhalb der Koalition legislative und exekutive Akteure um die Prioritäten, handeln Problemlösungen aus und sind auf Kooperation angewiesen. Generell besitzt für Christoph Matschie jede Regierung Entscheidungs- und finanzielle Spielräume, die aber im Wettstreit aller Politikfelder durchzusetzen sind: Je begrenzter die zu erzielenden Anstiege im Haushalt sind, umso größer ist die Konkurrenz um die Verteilung. Die Funktionen des stellvertretenden Ministerpräsidenten und des Landesparteivorsitzenden, die Matschie ausübte, wie die Funktion des Staatskanzleichefs, die Hoff bekleidet, verbessern a priori die Verhandlungsposition. Dessen ungeachtet steht es dem kulturverantwortenden Minister frei, innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs Themen zu setzen und Mittel umzuverteilen. Hoff erhofft sich einen größeren Einfluss und größere Gestaltungsräume, indem er vertragliche Beziehungen zwischen Land und Geldempfängern eingeht.⁴³⁶

Unter den restlichen Befragten ohne politisches Mandat oder Amt bewertet nur ein kleiner Teil seine Handlungsoptionen positiv, wirkt von seinen Ideen überzeugt und sieht stetig Gelegenheiten, Themen zu gestalten.⁴³⁷ Dagegen vermitteln sie größtenteils Ernüchterung oder Resignation: Sie schätzen ihre Handlungsoptionen als wenig erfolgsversprechend ein, antizipieren bereits das Scheitern ihrer Forderungen und begreifen sich mehr als passiver, reaktiver Spielball denn als Gestalter und Veränderer von zukünftigen Entwicklungen. Kurzum: Veränderungen liegen nicht in ihrer Hand, sondern in der Hand von politischen Entscheidern.⁴³⁸ Sie begründen ihr Empfinden damit, dass sie erstens zu klein sind, über zu geringe finanzielle und personelle Ressourcen⁴³⁹ verfügen oder inadäquates Personal beschäftigen, um inhaltlich und vernetzend zu agieren sowie Einstellungs- und Verhaltensänderungen bei Politikern herbeizuführen. Ihnen bereitet bereits die vorgelagerte Stufe der Informationssendung Mühe, weswegen sie versuchen, Schwerpunktthemen zu setzen, um sich nicht in ausschließlich verwaltenden Tätigkeiten zu verlieren. Zweitens erfordern die begrenzten Ressourcen, dass alle mit dem Akteur Assoziierten am gleichen Strang ziehen und konzertiert für gemeinsame Ziele eintreten, um Themen ein- und durchzubringen. Dies scheitert aber in einer Gemengelage, in der Konflikte aus Angst vor Sanktionen politischer Ent-

436 | I06_Mit: 46; I17_Kel: 37; I25_Mat: 32, 34; I27_Hoff: 43; I30_a: 18-20.

437 | I09_Sch: 54; I12_Ebe: 101-103; I13_Lüd: 88; I16_Kai: 65-67.

438 | I01_Stö: 42; I02_Kno: 46-51; I03_Pet: 22, 34, 44; I04_Dei: 24, 32; I19_S-O: 43, 83; I20_Dre:108-110; I23_Löw: 36; I24_Röß-Put: 99, 104-111; I26_Lan: 77; I28_Röh: 36.

439 | Hier bedingen sich das Selbstbild und die Wahrnehmung der Handlungsoptionen. Für Vereine und Gewerkschaften, die auf ehrenamtliches Engagement angewiesen sind, ist es z. B. überaus herausfordernd, ihre beruflich ausgelasteten Mitglieder für gemeinsame Initiativen zu mobilisieren.

scheider vermieden werden und eine geringe Selbstwirksamkeitserwartung dominiert. Drittens nehmen sie ein von Abhängigkeiten, Intransparenz und Tradiertem erstarrtes Politikfeld wahr, in dem nur geringfügig Veränderungen initiiert und bisherige Pfade infrage gestellt werden und in dem sie mitunter noch nicht einmal das Entscheidungszentrum lokalisieren können. Viertens empfinden sie Kulturpolitik als ein im Wettstreit der Politikfelder nachgeordnetes Nischenthema, das ein überschaubares Wählerpotenzial bedient, keine kritische Masse mobilisiert und selbst feldintern die Aufmerksamkeit auf Theater und Orchester und wenige herausgestellte Einrichtungen konzentriert. Fünftens prägen machtstrategische Handlungsmuster das Politikfeld – in Konfliktsituationen wird emotionalisiert, wodurch Bemühungen erlahmen, fachlich fundiert strukturelle Veränderungen durchzusetzen.⁴⁴⁰

Neben Hemmnissen formulieren die Befragten Stellschrauben, die nach ihrer Erfahrung Handlungen zum Erfolg verhelfen. Als wesentlich werden personenbezogene Eigenschaften wie fachliche Expertise, professionelles Auftreten, Ausstrahlung, Eigeninitiative, Mut, Handlungswille, Hartnäckigkeit, Durchhaltevermögen sowie Überzeugungs- und Durchsetzungskraft erachtet. Es wird bemerkt, dass es lohnt, eigene Aktivitäten herauszustellen und eigene Ziele fortwährend zu thematisieren, um Spuren im kulturpolitischen Feld zu hinterlassen und sukzessive das Denken im *policy*-Netzwerk zu verändern.⁴⁴¹ Außerdem heben viele Befragte die Beziehungsarbeit hervor, insbesondere die aktorsgruppenübergreifende Verständigung und Beteiligung sowie die regelmäßige, zielgerichtete Kommunikation mit Regierungsvertretern, Abgeordneten und Verwaltungsmitarbeitern auf Veranstaltungen und in Einzelgesprächen, wobei Letztere für etablierte Akteure des *policy*-Netzwerkerns leichter zu erreichen sind als für kleinere, kulturpolitisch periphere; Ekkart Müller vertraut z.B. auf den fachlichen Austausch in Einzelgesprächen, auch um der emotionalisierenden Dynamik von Diskussionen in großer Runde zu entgehen. Zielgerichtet ist die Kommunikation, wenn sie an den richtigen Ansprechpartner adressiert ist – dies setzt natürlich Wissen über die Funktionsweise von politischen Entscheidungsprozessen voraus.⁴⁴² Daran anknüpfend empfehlen die Befragten, Fürsprecher für eigene Ziele ausfindig zu machen, einen Multiplikatorenkreis bzw. ein Unterstützernetzwerk verlässlicher und ähnlich orientierter Akteure aufzubauen, themenbezogene Bündnisse allgemein und besonders mit einflussreichen, überregional bedeutsamen Akteuren zu schmieden und die Ziele politischer Entscheider zu sondieren, um eigene Ansätze anschlussfähig zu gestalten und so zu adaptieren, dass sich Politiker damit profilieren und positiv darstellen können.⁴⁴³ Nicht zu vernachlässigen ist die Bedeutung der menschlichen Pas-

440 | I01_Stö: 42; I02_Kno: 46-51; I03_Pet: 22, 42, 44; I04_De: 12, 32, 38, 62; I18_Gri: 73; I19_S-O: 65; I20_Dre:108-110; I23_Löw: 44; I24_Röß-Put: 99, 104-111.

441 | I02_Kno: 59, 79; I04_De: 32; I09_Sch: 54, 64; I11_Fit: 64; I12_Ebe: 61, 99, 101-103.

442 | I01_Stö: 42, 54, 70, 74; I04_De: 34; I07_Mül: 53; I11_Fit: 64; I12_Ebe: 101-103; I14_Kla: 84; I19_S-O: 63; I20_Dre: 45; I30_a: 88.

443 | I02_Kno: 61, 63; I03_Pet: 72; I09_Sch: 64; I11_Fit: 64, 66; I12_Ebe: 101-103; I14_Kla: 84. Der Landkreistag versucht z. B. Parlamentarier auf die Interessen der kommunalen Ebene hinzuweisen und sie als Unterstützer gegenüber der Landesregierung zu gewinnen. I19_S-O: 43, 63, 65. Gero Schmidt-Oberländer verweist auf die persönliche Affinität des ehemaligen Ministerpräsidenten Althaus für Schulen. Er setzte sich als ausgebildeter Lehrer für eine auskömmliche Finanzierung dieser

sung beim Aufbau von Unterstützernetzwerken: Persönliche Sympathien werden sogar höher bewertet als die Parteizugehörigkeit und die Standpunkte des Anderen.⁴⁴⁴ Eine große Wirkung entfaltet sich, wenn Themen von Medienvertretern als relevant erachtet werden. André Störr betont, dass dieses spezifische Bündnis mit Journalisten und der öffentlichen Meinung ressourcenarmen Akteuren als einzige Macht verbleibe, um Inhalte durchzusetzen.⁴⁴⁵ Neben den beziehungsorientierten, kommunikativen Handlungsoptionen erwähnen die Befragten – wenngleich erheblich seltener – formalisierte Wege: Wahlprüfsteine zwingen die Parteien, sich zu positionieren und sich mit den Inhalten kulturpolitischer Akteure auseinanderzusetzen. Eckart Lange schränkt indes ein, dass nach Wahlen andere Prioritäten und koalitionsfähige Spielregeln griffen.⁴⁴⁶ Tobias Knoblich verweist in diesem Kontext letztlich auf Koalitionsverträge, Gesetzesvorhaben und Verwaltungsvorschriften, die eine starke Verbindlichkeit und Rahmung des politischen und administrativen Handelns erzeugten. Kontakte zu Akteuren, die den Ausarbeitungsprozess begleiteten, seien hilfreich.⁴⁴⁷ Gero Schmidt-Oberländer ergänzt, dass Ämter in Gremien strategisch zu nutzen und mit Verbündeten zu besetzen seien. Damit könnten die formalisierten Rahmenbedingungen der Kulturpolitik gestaltet und beeinflusst werden.⁴⁴⁸

formalen Bildungseinrichtungen ein. I20_Dre: 45. Christoph Drescher spricht das Beispiel der neu initiierten Achava-Festspiele an, die Martin Kranz gegenüber der Landesregierung anschlussfähig beworben hat und mit denen sich Ministerpräsident Ramelow profilieren konnte. I22_a: 68-71; I24_Röß-Put: 99, 104-111. Die LAG Soziokultur machte ihr Interesse an einer Verbesserung der Personalförderung des Landes anschlussfähig, indem sie ihre Initiative an das Auslaufen der entsprechenden Richtlinien knüpfte.

444 | I01_Stö: 74; I02_Kno: 79.

445 | I01_Stö: 54, 67-74; I09_Sch: 64; I11_Fit: 64; I22_a: 68-71; I24_Röß-Put: 99, 104-111.

446 | I02_Kno: 79; I07_Mül: 27; I26_Lan: 77.

447 | I02_Kno: 59, 79.

448 | I19_S-O: 83.